

Michael Freckmann



Lindners FDP

Profil – Strategie – Perspektiven

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2018

OBS-Arbeitspapier 29

OBS-Arbeitspapier 29

ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Michael Freckmann

Institut für Demokratieforschung

Universität Göttingen

Weender Landstraße 14

37073 Göttingen

Tel. 0551-39170-107

michael.freckmann@demokratie-goettingen.de

www.demokratie-goettingen.de/mitarbeiter/freckmann-michael

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.

www.textfeile.de

Bildnachweis Titelgrafik:

picture alliance/Bernd von Jutrczenka

Redaktionsschluss:

30. April 2018

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Das Parteiensystem der „Bonner Republik“ zeichnete sich seit Mitte der 1950er Jahre durch ein hohes Maß an Stabilität und Kontinuität aus. Neben den beiden Großparteien SPD und CDU hatte sich die FDP als dritte Kraft etabliert, die als Mehrheitsbeschafferin eine besondere Funktion für die Bildung von Koalitionsregierungen im Deutschen Bundestag ausübte. Lediglich die Neugründung der Partei „Die Grünen“ brachte zu Beginn der 1980er Jahre nachhaltig Bewegung in die Parteienlandschaft der Bonner Demokratie. Nach Mauerfall und staatlicher Einheit kennzeichnet das Parteiensystem inzwischen eine vergleichsweise hohe Dynamik und breite Ausdifferenzierung. Die „Berliner Republik“ erlebte einerseits überraschende Aufstiege von neuen Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD), ebenso schnelle Abstürze wie bei der Piratenpartei, aber auch die Konsolidierung der Linkspartei. Andererseits blieben auch die etablierten Parteien nicht von gravierenden Krisen und großen Verunsicherungen verschont. Während die beiden Großparteien des Mitte-rechts- (CDU) und des Mitte-links-Lagers (SPD) über lange Jahre breite Wählerschichten für sich mobilisieren konnten, sind sie gegenwärtig bei bundesweiten Abstimmungen nur noch in der Lage, gemeinsam gut die Hälfte der Stimmen auf sich zu vereinen. Die Großparteien werden kleiner, die kleineren Parteien legen zu.

Hohe Dynamik und große Volatilität als neue Kennzeichen des Parteiensystems gelten vor allem für die Freien Demokraten (FDP). Sie scheiterten bei der Wahl im Herbst 2013. Für die Liberalen war dies die eklatanteste Zäsur in ihrer Parteigeschichte, in der die einstige „ewige Regierungspartei“, die für die Koalitionsbildung lange unverzichtbar gewesen war, eine Reihe von Vizekanzlern und Ministern gestellt und damit die politische Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt mitgeprägt hatte. Als Bestandteil von Regierungskoalitionen sowohl mit Union als auch Sozialdemokraten galten die Freien Demokraten immer auch als Repräsentanten des sozialökonomischen gesellschaftlichen Establishments. Gleichzeitig finden sich in ihrer Geschichte auch viele Krisen und Brüche. Es kam zu Abspaltungen des nationalliberalen und später des sozialliberalen Flügels. Doch gelang es ihnen immer wieder, vor dem endgültigen Scheitern einen Ausweg zu finden. Die nationalliberale, die mittelständische, die sozialliberale und die „neoliberale“ Phase folgten aufeinander; sie gaben der FDP immer wieder ein neues Gesicht und ermöglichten es ihr, als Partei ein relevanter Akteur im politischen Geschehen der Bundesrepublik zu bleiben.

2013 jedoch kulminierte die sich bereits ab 2011 in Wahlniederlagen abzeichnende Krise: Bei der Bundestagswahl 2013 erhielt die FDP nur 4,8 Prozent der Wählerstimmen. Dieses Scheitern an der Fünfprozentklausel schuf für die Partei eine existenzbedrohende Situation: Viele Beobachter warfen die Frage auf, ob es für die FDP als Vertreterin des parteipolitischen Liberalismus überhaupt noch eine Zukunft geben könne. Denn nach der Bundestagswahl 2013

litten die Liberalen unter dem Verlust an finanziellen, strukturellen und personellen Ressourcen; sie verloren überdies fast ihr gesamtes Führungspersonal und verschwanden auch aus dem Blickfeld der Hauptstadtmedien. Bei den folgenden Landtagswahlen wandten sich die Wähler scharenweise von der FDP ab. Ein miserables Image in der Öffentlichkeit und vor allem fehlende Glaubwürdigkeit machten der Partei zudem zu schaffen. Am Abend der Bundestagswahl 2013 bekam sie nicht nur parteienübergreifend Häme über ihre Niederlage zu spüren, tatsächlich veränderte sich der zuletzt hochdynamische Parteienwettbewerb sehr zuungunsten der Liberalen.

Umso erstaunlicher ist es, dass die FDP trotz des zunächst tiefen Falls sukzessive bei verschiedenen Landtagswahlen ab 2015, aber vor allem bei der Bundestagswahl 2017 einen beachtlichen Erfolg erringen konnte. Wie konnte das Comeback der FDP aus dieser für sie desaströsen Lage gelingen? Dieser Frage geht die in Kooperation von Otto Brenner Stiftung und Göttinger Institut für Demokratieforschung durchgeführte Studie nach. Wir setzen damit einerseits die mit den Göttinger Forschern entstandene Reihe von Parteienanalysen fort. Andererseits widmet sich die Studie mit der Analyse des Wiederaufstiegs der FDP einem bislang kaum untersuchten Thema. Dabei argumentiert die Untersuchung auf drei Ebenen:

- Zunächst wird die personelle und strukturelle „Innenperspektive“ der FDP untersucht. Die Entwicklung der Führungsstruktur und der Parteiorganisation stehen dabei im Mittelpunkt.
- In einem zweiten Schritt wird das programmatische Profil im parteipolitischen Wettbewerb analysiert. Wir wollen verstehen, wie die Partei bei Wahlen wieder Fuß fassen konnte.
- In einem dritten Teil widmet sich die Studie der kommunikativen Ebene der Partei. Hierbei wird der Frage nachgegangen, wie die FDP auf ihr negatives Image reagiert hat.

Wir danken unserem Autor Michael Freckmann für seine Bestandsaufnahme, die das unerwartete „Comeback“ einer Partei exemplarisch darstellt und so nachvollziehbar macht. Dabei geht es auch um die Einschätzung, ob sich die FDP auf ihrem Weg tatsächlich erneuert oder doch „nur“ restauriert hat. Welche Rolle die FDP als Oppositionspartei im Bund nach dem von ihr herbeigeführten Ende der Jamaika-Sondierungen in einem weiterhin dynamischen Parteienwettbewerb einnehmen wird, lässt sich gegenwärtig allerdings noch nicht sicher sagen.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main, im Mai 2018

Inhalt

1	Einleitung	6
2	Führung und Parteistruktur	11
3	Programmatisches Profil im parteipolitischen Wettbewerb	16
3.1	2013-2014: Die „neue alte“ FDP	16
3.2	2015: „Relaunch“	18
3.3	Ab Herbst 2015: „Flüchtlingskrise“	19
3.4	Bundestagswahl 2017	22
3.5	Zurück im Parlament: Eigene Rolle gesucht	23
4	Kommunikatives Profil	26
4.1	Inhaltliche Kommunikation	26
4.2	Personalisierung	33
5	Fazit	36
5.1	Ergebnisse.....	36
5.2	Potenziale und Probleme	39
5.3	Ausblick.....	44
	Literatur- und Quellenverzeichnis	46
	Hinweise zum Autor	53

1 Einleitung

Bei der Bundestagswahl 2017 gelang der Freien Demokratischen Partei (FDP) das politische Comeback: Mit einem Ergebnis von 10,7 Prozent konnte sie wieder in den Deutschen Bundestag einziehen, aus dem sie 2013 – erstmals seit 1949 und nach mehr als vier Jahrzehnten als Teil von verschiedenen Bundesregierungen – ausgeschieden war. Für die FDP stellt dies fraglos einen ersehnten Befreiungsschlag dar, schien ihre Rückkehr auf die bundespolitische Bühne nach der Wahniederlage doch keineswegs selbstverständlich zu sein. Nicht wenige politische Beobachter hegten nach der Bundestagswahl 2013 – teils spöttisch, teils besorgt – ernsthafte Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Liberalen im deutschen Parteiensystem.¹ Zwar ist die Parteihistorie der Freidemokraten in der Bundesrepublik reich an Krisen, Brüchen und Abstürzen (vgl. Walter 2010a), dennoch stellten der Verlust der parlamentarischen Repräsentanz auf Bundesebene ab 2013 und die dadurch drohenden innerparteilichen Erosionsprozesse die für die Partei wohl schwierigste Situation seit ihrer Gründung 1948 dar. Diese angerissene Dynamik der FDP seit der Bundestagswahl 2013 nachzuzeichnen, ihre Entwicklung von fundamentaler Krise zu triumphaler Wiederkehr zu verstehen und die aktuellen Herausforderungen für die FDP zu durchleuchten sind Anliegen dieser Arbeit.²

Nach der Bundestagswahl 2013 befand sich die Partei auf mehreren Ebenen in der Krise. Erstens hatte sie mit Steuerthemen im Bundestagswahlkampf 2009 zwar über ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal verfügt, was eine wesentliche Ursache für das mit 14,7 Prozent bisher höchste Wahlergebnis für die FDP bei einer Bundestagswahl war, sich dadurch in der öffentlichen Wahrnehmung in ihrem programmatischen Angebot jedoch sehr verengt. Weil sie diese Forderungen in der Regierungszeit bis 2013 jedoch nicht umsetzte (Steltzner 2011), verlor die FDP ihre Glaubwürdigkeit in für sie wichtigen Wählergruppen. So stürzte die Partei bei der Bundestagswahl 2013 in der Kompetenzzuschreibung bei ihren Kernthemen im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 ab: in der Wirtschaftspolitik von 14 Prozent auf 3 Prozent und in der Steuerpolitik von 19 Prozent auf 6 Prozent (Hilmer 2013: 32). Der Versuch einer inhaltlichen Verbreiterung mit sozialliberalen Anleihen, etwa im Rahmen des „Karlsruher Grundsatzprogrammprozesses“ 2011-2012, blieb in der Öffentlichkeit größtenteils unbemerkt – oder stärkte gar den Vorwurf der „Profillosigkeit“ und irritierte damit die Klientelen, welche die Partei 2009 gerade wegen ihrer wirtschaftsliberalen Politik gewählt hatten (Walter 2010b: 55).

1 So beschrieb FAZ-Herausgeber Günther Nonnenmacher (2013a) die Partei als „realitätsvergessen und großspurig“, *Welt*-Chefredakteur Ulf Poschardt (2013) konstatierte, dass die FDP den Kontakt zu ihren Wählern verloren habe, weil sie deren „kulturelle und ästhetische Codes“ nicht mehr angesprochen habe. Der ehemalige *Zeit*-Chefredakteur Robert Leicht (2013) kritisierte das Fallenlassen ordnungspolitischer Prinzipien sowie einen „schamlosen Klientelismus“ und sah einen „historischen Endpunkt“, den die Partei nun erreicht habe.

2 Besonderer Dank für Recherchen und wichtige Zuarbeiten zur Erstellung dieser Studie gehen an Marius Becker und für wertvolle konzeptuelle Hinweise an Alexander Hensel.

Kommunikativ zeichnete sich zweitens ein Widerspruch ab zwischen dem oftmals belehrenden Duktus Guido Westerwelles, der leicht den Eindruck erweckte, „im Besitz unanfechtbarer letzter Wahrheiten“ (Herzinger 2013) zu sein, und der Unfähigkeit der Partei, ihre Vorstellungen in der praktischen Politik umsetzen zu können. Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung 2009 Steuersenkungen für Hoteliers durchgesetzt hatte, dominierte abermals das Image der Klientelpartei. Im Bundestagswahlkampf 2013 rangierte der freidemokratische Warnruf vor einem rot-rot-grünen Bündnis vor inhaltlichen Forderungen (Vorländer 2014: 286), und die Partei legte sich mit der Zweitstimmenkampagne „Wer Merkel haben will, wählt FDP“ einseitig auf die Union als Koalitionspartnerin fest. Am Ende konnte sie damit weder die Funktion als Interessen- oder Programmpartei erfüllen noch als bürgerlich-pragmatisch ausgleichendes Korrektiv auftreten. Die FDP hatte in der Geschichte oftmals eine „Scharnierfunktion“ (Lösche 1993: 141) zwischen den beiden Volksparteien eingenommen, weshalb Union und SPD auf die Freidemokraten angewiesen waren. Diese besondere Rolle im deutschen Parteiensystem hatte die FDP nun, mit den etablierten Grünen und einer hinzugekommenen AfD, endgültig verloren.

Auch in der Führungs- und Organisationsstruktur verdichteten sich, drittens, die Probleme. Die Parteiführung vor 2013 hatte sich sehr auf die Person Westerwelle verengt – verschiedene komplementär aufeinander zugeschnittene Köpfe, die unterschiedliche Strömungen hätten repräsentieren können, waren nicht mehr vorhanden. Als Westerwelle 2011 den Parteivorsitz abgeben und ersetzt werden sollte, zog sich dieser Prozess in die Länge und war von Konflikten begleitet, was ebenfalls ein negatives öffentliches Bild abgab. Infolge des desolaten Ergebnisses bei der Bundestagswahl 2013 schließlich trat die gesamte Führung zurück, die FDP taumelte kopf- und orientierungslos in die außerparlamentarische Opposition. Die Wahlniederlage 2013 bedeutete zudem enorme finanzielle Verluste sowie strukturelle Turbulenzen durch wegbrechende Mitarbeiterstäbe. Ende des Jahres 2013 verzeichnete die Bundespartei ein finanzielles Defizit von 4,5 Millionen Euro (FDP 2013a) im Parteihaushalt. Infolgedessen wurde etwa die Hälfte der Mitarbeiterschaft in der Bundesgeschäftsstelle entlassen (Geis/Theile/Wefing 2016). Dies war für die FDP, in deren Geschichte vor allem die Bundestagsfraktion stets als „Ersatz für die nicht vorhandene dichte und festgefügte Organisationsstruktur“ (Lösche/Walter 1996: 174) der Partei fungiert hatte, ein großes Problem. Organisationsressourcen, fachliche Expertise und Medienpräsenz waren, auch und gerade in den folgenden Wahlkämpfen, nur noch marginal vorhanden.

Bereits bei verschiedenen Landtagswahlen ab 2011 und am deutlichsten dann bei der Bundestagswahl 2013 verzeichnete die Partei viertens sehr hohe Stimmenverluste in für sie traditionell wichtigen Wählersegmenten: vor allem bei den historisch den Freidemokraten zugeneigten Berufsgruppen der Selbstständigen (–16 Prozent), Angestellten (–11 Prozent) und Beamten (–10 Prozent) musste sie eklatante Einbußen hinnehmen. Lediglich in sechs Bundes-

ländern erzielte die FDP noch einen Stimmenanteil von mehr als 5 Prozent. Sogar im liberalen Stammland Baden-Württemberg stürzte sie im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl um 12,6 Prozent auf magere 6,2 Prozent ab. Im Osten der Republik erreichte sie im Schnitt nur noch 2,8 Prozent der Wählerstimmen. Nun war zu vermuten, dass dieses Wahlverhalten durchaus auch als „Warnschuss“ der FDP-Anhängerschaft gegenüber ihrer Partei hätte gemeint sein können – allerdings erklärten die FDP-Wähler zu 43 Prozent, dass sie mit dem Ergebnis der Bundestagswahl zufrieden seien oder ihm indifferent gegenüberstünden. Das Stammwählerpotenzial war zwischen 2009 und 2013 von 9 Prozent auf 2 Prozent zusammengeschrumpft (Institut für Demoskopie Allensbach 2013).

So schien sich die FDP in eine besonders ausweglose Situation manövriert zu haben. Bislang war es in der Geschichte der Bundesrepublik keiner Partei gelungen, nach einem Ausscheiden aus dem Bundestag wieder dorthin zurückzukehren.³ Das Wahljahr 2013 vermittelte den Eindruck, als finde die Partei auf dem Wählermarkt keine Nachfrage mehr, als sei sie schlichtweg überflüssig geworden, weil die von ihr adressierten Probleme bereits von anderen – Union, Grünen, Lucke-AfD und Piratenpartei – angesprochen wurden oder einfach nicht mehr für genügend Wähler relevant waren. Was die Lage der FDP besonders prekär machte: Parteien stehen im Umgang mit solchen Krisen stets vor dem Problem, dass die jeweilige Situation einerseits einen Wandel verlangt, die Parteien andererseits aufgrund innerer Strukturwiderstände nur bedingte Veränderungsmöglichkeiten haben. Bei einem solchen potenziellen parteilichen Wandel, einem sogenannten *Party Change* (Harmel/Janda 1994), angestoßen von externen Schocks, können einzelne Zustände innerhalb der Organisation trotz Krise weiterhin funktional sein, etwa die Mechanismen der Spendenakquise oder die einer zentralisierten Parteiführung entgegenkommende Schwächung organisationaler Komplexität. Die Parteien müssen sich mit strukturellen Veränderungswiderständen auseinandersetzen und nicht zuletzt Teile ihrer Klientel und Mitgliedschaft bedienen, für welche aus der Krisensituation jeweils entgegengesetzte inhaltliche und die Parteiorganisation betreffende Veränderungserwartungen folgen (Wiesendahl 2010: 54 ff.). Zudem sind Parteien in der Krise gezwungen, Kontextfaktoren zu beachten – handeln sie doch eingebettet in gesellschaftliche Konfliktmuster, etwa auf dem sozialkulturellen oder sozioökonomischen Feld, sowie innerhalb von Wettbewerbsstrukturen (vgl. Niedermayer 2013) stets in Relation zu anderen Parteien.

Da sich jedoch die Situation der FDP mit ihrem Wiedereinzug in den Bundestag im Herbst 2017 fundamental verändert hat, stellt sich die zentrale Frage: Wie konnte das Comeback der FDP gelingen? Hieran schließen sich weitere Fragen an: Wie hat die liberale Partei auf ihre Krise reagiert, und inwiefern hat sich die FDP dabei wirklich erneuert? Welche Rolle kann die

³ Die Grünen konnten 1990 aufgrund der Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern und die PDS 2002 wegen einzelner Direktmandate knapp im Bundestag verbleiben.

FDP nach ihrer Rückkehr in das Bundesparlament im gegenwärtigen, sich polarisierenden Parteienwettbewerb einnehmen?

Um diese Fragen zu beantworten, wirft die vorliegende Studie erstens einen Blick auf die Führungs- und Organisationsstruktur der FDP und analysiert das Parteipersonal. Wer nimmt in der FDP zentrale Führungspositionen ein und wie wirkte sich die Besetzung der Führungspositionen auf die parteiliche Ausrichtung und Strategie aus? Eng damit verbunden ist die Frage nach der Verortung der Machtzentren der Partei. Wie ist die politische Führung der Partei mit den Restriktionen und Opportunitäten der neuen Situation ab Herbst 2013 umgegangen?

Um die Reaktion der FDP auf ihre Krise zu erfassen, soll zweitens die Entwicklung des inhaltlichen Profils der Partei seit der Bundestagswahl 2013 untersucht werden: Inwieweit hat die FDP ihr programmatisches Profil verändert? Wie sehr konnte sie von Gelegenheitsstrukturen aktueller Debatten profitieren, und welche Rolle nahm sie im Parteienwettbewerb ein? Zur Beantwortung dieser Fragen werden zentrale Themen, Forderungen und Positionen analysiert, mit denen sich die FDP im politischen Wettbewerb zu profilieren versuchte.

Weil das „Image“ der Partei in den Jahren bis 2013 stark gelitten hat, soll in einem dritten Schritt der Wandel ihrer Kommunikation untersucht werden. Hierbei sind zudem die Einflüsse der Medialisierungstrends von Parteikommunikation (Jun 2015) und parteilichen „Kommunikationsstrategien“ (Jun 2004) von Bedeutung. Geklärt werden soll, wie und auf welchen Feldern die FDP ihre Kommunikationsstrategien verändert hat, um dem dominierenden negativen öffentlichen Bild entgegenzuwirken. Wie konnte also bei zumindest ambivalenten, teils gar gegensätzlichen Erwartungen in der eigenen potenziellen Wählerschaft – nicht alle schreckte die steuerpolitische Verengung ab, viele wählten die FDP gar genau deswegen, andere erwarteten eine programmatische Erweiterung – eine integrierende Ansprache gelingen? Um Antworten auf diese Frage zu finden, werden Kampagnen und Rhetorik der FDP, deren wichtige Begriffe, Stilmittel, zum Beispiel sprachliche Figuren, und Performanz untersucht. Neben der Angebots- soll die Studie auch die Nachfrage- bzw. Kontextperspektive einbeziehen. Hierbei geht es um die Wahrnehmung der FDP vonseiten der Wähler und Sympathisanten sowie deren inhaltliche Zuschreibungen an die Partei. Ergründet werden soll nicht nur, inwiefern die Partei als Akteurin ihr Eigenimage selbst verändern wollte, sondern auch, ob und wie dieser angestrebte Imagewandel in der Öffentlichkeit und den besonders angesprochenen Gruppen aufgenommen wurde und ob dort möglicherweise auch andere als die parteiintern anvisierten Bilder von den Liberalen entstanden sind.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit erstreckt sich von der Bundestagswahl 2013 über die Bundestagswahl 2017 bis in das Frühjahr 2018. Der Zeitraum nach der letzten Bundestagswahl ist von besonderem Interesse, weil mit Blick auf diese Monate zu klären ist, inwieweit die neue Gestalt der FDP der Jahre 2013-2017 über die Bundestagswahl 2017 hinaus fortbestehen

kann. Materialgrundlage für die Analyse bildeten die Reden des Parteivorsitzenden auf den Dreikönigstreffen und den Bundesparteitagen der FDP in den Jahren 2013-2017 sowie Zeitungsinterviews mit Christian Lindner wie auch die Presseberichterstattung. Ergänzend wurden die Wahlplakate ausgewählter für die Partei erfolgreicher Landtagswahlen (2014-2017) und stichprobenartig Social-Media-Aktivitäten der Partei auf *Facebook* während des Bundestagswahlkampfes 2017 analysiert. Diese Daten wurden qualitativ-inhaltsanalytisch (vgl. Mayring 2008) ausgewertet. Auf der Ebene der Wählerschaft, der Nachfrageseite im politischen Wettbewerb, wurden zudem Umfragen und Wahlanalysen herangezogen. Abschließend wurden die Ergebnisse mit Literatur aus der Parteienforschung zur Situation der FDP vor der Bundestagswahl 2013 kontrastiert.

2 Führung und Parteistruktur

Bis zur Bundestagswahl 2013 herrschten in der Führungsetage der Liberalen vielfache interne Animositäten und Konflikte. In den Medien wurde die FDP als „Partei der Intriganten“ (Gathmann 2013) beschrieben. Als Reaktion auf das desaströse Wahlergebnis traten nahezu alle prominenten Führungspersonen – wie der Parteivorsitzende Philipp Rösler und Generalsekretär Patrick Döring – von ihren Positionen zurück oder verloren – wie der Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle – ihr Amt. Die Partei stand also zunächst ohne Führungspersonal, geschwächt an Ressourcen und unsicher ob ihres zukünftigen inhaltlichen Kurses da und somit vor der Frage, für welche programmatischen Schwerpunkte welche Personen zukünftig glaubhaft zur Verfügung stehen könnten. Guido Westerwelles Führungsstruktur hatte sich auf ihn selbst konzentriert (Treibel 2014: 241), wodurch verschiedene inhaltliche Strömungen innerhalb der FDP-Parteiführung eingeebnet worden waren. Nach seinem Abgang im Jahr 2011 übernahmen Rösler und Brüderle die Partei- und Fraktionsführung auf Bundesebene. Doch die beiden konnten dem Absturz der FDP kaum etwas entgegensetzen.

Christian Lindner – ein Protegé Jürgen Möllemanns und Westerwelles, dessen Rücktritt als Generalsekretär 2011 von manchem Liberalen als Verantwortungsflucht ausgelegt wurde (o. V. 2011) – hatte 2013 keine Regierungserfahrung vorzuweisen. Der zur Zeit der Wahlniederlage 2013 stellvertretende Bundesvorsitzende erlebte vielmehr mit 30 Jahren einen Blitzaufstieg zum Bundes-Generalsekretär im Jahr 2009. Damit entsprach er – wie bereits Guido Westerwelle, Daniel Bahr und Philipp Rösler – dem Typus des Karrierepolitikers und hatte einen ganz anderen Weg zurückgelegt als den in der FDP lange üblichen Aufstieg von lokalen Honoratioren mit beruflichem Prestige (Lorenz/Micus 2013: 116). Dennoch waren die Ausgangsbedingungen für Lindners Comeback 2013 überaus günstig. Mit dem Rücktritt der Führungselite schienen die Alterskohorten „Brüderle“ und „Westerwelle“ verbraucht. Da die Profilertesten aus Lindners eigener Generation bereits am Zug waren, profitierte er von fehlenden Alternativkandidaten innerhalb der Partei, die ihm das Amt ernsthaft hätten streitig machen können. Schon vor der für die FDP desaströsen Bundestagswahl 2013 konnte er zudem auf Unterstützung aus dem Parteiestablishment zählen, beispielsweise hatte er mit dem damaligen Partei-Übervater Genscher früher im Jahr ein Buch veröffentlicht (Genscher/Lindner 2013). Auch kam ihm zugute, dass er zwar eine lange Partei- und Mandatserfahrung aufweisen – seit 2000 saß Lindner im Landtag von NRW –, gleichzeitig aber aufgrund seines Alters politische Unverbrauchtheit ausstrahlen konnte. In der bürgerlichen Medienöffentlichkeit wurde Lindner zum einzig möglichen Nachfolger des Duos Brüderle und Rösler stilisiert. Der damalige FAZ-Herausgeber Günther Nonnenmacher etwa schrieb: „Für den Parteivorsitz kommt nur Christian Lindner in Frage“ (Nonnenmacher 2013b), *Welt*-Chefredakteur Ulf Poschardt erklärte, Lindner „sollte schnell der alleinige Kopf

der Partei werden“ (Poschardt 2013). Dieser Vertrauensvorschluss resultierte auch daraus, dass Lindner 2012 gegen den negativen Bundestrend die NRW-Wahl für die FDP erfolgreich bestritten hatte. So gesehen war Lindner, wie schon oft in seiner Karriere, erneut eher gerufen worden, als dass er sich selber mühsam in generationellen parteiinternen Konflikten emporkämpft hätte. Lindner stand durch seinen Versuch der programmatischen Erneuerung als Generalsekretär ebenfalls in dem Ruf, in der Lage zu sein, das inhaltliche Angebot der Partei nach der steuerpolitischen Verengung wieder zu verbreitern und der FDP einen sozialliberaleren Anstrich zu verleihen. Gleichzeitig schien er mit seinem intellektuellen Einschlag die Attitüde der Reflektiertheit gegen den eindimensionalen *homo oeconomicus*, den dominierenden Typus des freidemokratischen Parteifunktionärs der vergangenen Jahre, anzubieten.

Während Lindner als Generalsekretär 2011 noch sein junges Alter, sein Ansatz der thematischen Verbreiterung und die intellektuellen Bezüge in seinen Reden vom eher steuersenkungsorientierten mittelständischen Lager um Brüderle (vgl. Lohre 2011) als „Säuselliberalismus“ ausgelegt wurden, nutzte er als Parteivorsitzender ab 2015 gezielt das Thema der „Gründerkultur“, um sich zu profilieren und innerhalb der Partei an wirtschaftsliberalem Profil zu gewinnen. Sein harter Kurs gegen die Grünen, der in der mittelständischen und teils sozialstaatskritischen FDP ebenfalls beliebt ist, sowie seine teils harsche Rhetorik, die darauf ausgerichtet war, seine innerparteiliche Autorität zu erhöhen, dienten ebenfalls diesem Ziel. Lindners sozialliberale Äußerungen auf dem Dreikönigstreffen 2010, auf dem er von einem „mitfühlenden Liberalismus“ (Lindner 2010) sprach, sind jedoch längst in den Hintergrund getreten. Auch differenzierten sich unter seiner Führung keine unterschiedlichen Strömungen in der Partei aus, bezog er doch explizit Stellung gegen einen „Bindestrich-Liberalismus“ (Lindner 2017c), was seinen Führungsanspruch weiter untermauerte. Auch die Parteitage waren in ihren Abläufen auf Lindner zentriert, seine Telegenität kam ihm hier zugute. Durch viele Vorträge und Veranstaltungen bei Parteiuntergliederungen und Verbänden, die Lindner in den vergangenen Jahren bestritt, sicherte er sich den Zugang zu parteirelevanten Informations- und Diskurswelten. Lindner konnte somit aufgrund eigener personeller wie struktureller Ressourcen (vgl. Lösche 2005), der Schwäche anderer und sicherlich auch mit Hilfe der Disziplinierung der Partei durch die Krise eine herausgehobene Position erreichen.

Mit dem Wegfall der Bundestagsfraktion schwanden ab Herbst 2013 fraglos wichtige Ressourcen wie sachpolitische Expertise und öffentliche Aufmerksamkeit. Vor allem aber ging das politische Zentrum der Partei verloren, in dem die Fäden der Führung zusammengelaufen waren. Nachdem sich die Partei historisch von einer einst starken Kommunal- und Regionalorganisation bis in die 1990er Jahre hinein zu einer zentralistisch gesteuerten Partei transformiert hatte, stand diese „Dame ohne Unterleib“ (Lösche/Walter 1996: 168) Ende 2013 nun auch noch ohne Kopf da. Eine Reihe von Wahlniederlagen in den Bundesländern bis 2013 schwächte

zudem die verbliebene regionale Basis. Damit reduzierten sich die Entscheidungsarenen der Partei maßgeblich auf die Parteizentrale im Berliner Hans-Dietrich-Genscher-Haus. Hinzu kam ein erhöhtes Gewicht der noch existierenden Landtagsfraktionen, allen voran derjenigen im Düsseldorfer Landesparlament, deren Vorsitzender ebenfalls Lindner war. Die historisch entlang liberalen Programmtraditionen allenfalls rudimentär ausgeprägten strukturierten Netzwerke und Kreise innerhalb der Partei erlitten, auch weil manche an die Existenz der Bundestagsfraktion gebunden waren, weitere Schwächungen. Allein der rechtsliberale, 2010 gegen die „Euro-Rettungspolitik“ der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung gegründete „Liberaler Aufbruch“ in der FDP um Frank Schäffler existierte weiterhin, konnte sich aber weder institutionell noch personell als Gegengewicht zur Mutterpartei etablieren. Kritiker von Lindners Kurs, wie etwa der sächsische Vorsitzende Holger Zastrow und Lindners ehemaliger Förderer Gerhard Papke, die eine stärker wirtschaftsliberal und gesellschaftspolitisch bürgerlich-konservative Ausrichtung forderten, spielten eher medial als innerparteilich eine Rolle. Die „Jungen Liberalen“ wirkten ebenfalls weniger als kritische Korrektur denn als thematische Ergänzung (vgl. etwa Holst 2015).

Strukturell forcierte Lindner als Bundes- und Landespartei- sowie Landesfraktionsvorsitzender eine Ämterhäufung, wie es sie in der Geschichte der Partei noch nicht gegeben hatte. Auch verhinderte diese Personalunion die Entfaltung rivalisierender Entscheidungsorte. Dies war bemerkenswert, da die Landesverbände in der FDP traditionell eine starke Rolle gespielt hatten (Lösche/Walter 1996: 170). Das in Parteien so wichtige strategische und ideelle Zentrum (vgl. Raschke 2001: 40 ff.) arbeitete aus der Parteizentrale, dem Hans-Dietrich-Genscher-Haus, heraus und hatte eine starke nordrhein-westfälische Schlagseite. Maßgeblichen Einfluss auf die politische Strategie übte Marco Buschmann als politischer Geschäftsführer der Bundespartei aus, der bis zu dieser Amtsübernahme unter dem Landesvorsitzenden Lindner Generalsekretär des Landesverbandes NRW gewesen war. Zudem stand mit dem neuen NRW-Generalsekretär Johannes Vogel ein Jugendfreund Lindners an der Seite des Bundesvorsitzenden; mit der nordrhein-westfälischen Kommunalpolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann wurde eine weitere Vertreterin dieses Landesverbands zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gemacht. In dem anderen traditionell besonders wichtigen Landesverband Baden-Württemberg hingegen verloren nach der Bundestagswahl die bis dahin wichtigen Akteure ihre Ämter; Birgit Homburger und Dirk Niebel traten zurück, der aktuelle Landesvorsitzende Michael Theurer kam 2013 gerade erst ins Amt und saß zudem im Europäischen Parlament, konnte also nicht die innenpolitische Arena bespielen. Eine weitere wichtige Person in der Führungsarithmetik der Partei ist Wolfgang Kubicki. Er ist für Lindner jedoch Gewinn und Gefahr zugleich. Einerseits befand er sich in der FDP vor 2013 in einer Außenseiterposition, wurde als „Quartalsirrer“ (Jungholt 2012) bezeichnet, was ihn einerseits unabhängiger macht; andererseits ist er jedoch

abhängig vom Führungskonstrukt um Lindner, da er als Schleswig-Holsteiner keine landesverbandliche Hausmacht besitzt.

Seit der Rückkehr der FDP in den Bundestag hat sich die vormalige NRW-Dominanz etwas abgeschwächt, im Fraktionsvorstand sind jetzt die verschiedenen Landesverbände berücksichtigt. Lindner hat seinen Landesvorsitz in NRW abgegeben. Mit Buschmann als parlamentarischem Geschäftsführer und dem ebenfalls aus NRW stammenden Leiter der Bundesgeschäftsstelle Marco Mendorf bleibt aber eine gewisse Kontinuität des NRW-Einflusses gewahrt.

Mit den neuen Personen in der Parteiführung, wie der Hamburgerin Katja Suding, Frank Sitta aus Sachsen-Anhalt und weiteren Spitzenkandidaten der Landtagswahlen vergangener Jahre, ist eine weitere Stärkung Lindners verbunden, da jene über weit weniger Erfahrungen in der Partei verfügen. Die personelle Veränderung durch unbekannte Gesichter zeigt aber zugleich einen behutsamen altersmäßigen, mehr auf Frauen hin ausgerichteten und damit auch lebensweltlichen Wandel in der Führungsstruktur der FDP. Dabei ist auch eine Verschiebung der generationellen Prägung erkennbar. Die Angehörigen der „Generation Lindner“ in der FDP, hierzu zählen etwa Marco Buschmann und Johannes Vogel, sind Mitte der 1990er Jahre in die Partei eingetreten, als die Liberalen innerparteilich unter den Folgen des Eindrucks der sozialliberalen Austrittswelle von 1982 standen (vgl. Lösche/Walter 1996: 196 ff.), herbe Verluste hinnehmen mussten und sich im Bund alsbald in der Opposition wiederfanden. Sozialisiert wurden sie dann in der „Westerwelle-FDP“. Anders als für frühere Kohorten von Parteimitgliedern war es nicht länger eine Selbstverständlichkeit, „ewige Regierungspartei“ zu sein, vielmehr vertrat die Partei jetzt einen programmatischen Reduktionismus. Ebenso hatte nahezu niemand aus der Gruppe um Lindner jemals Regierungsverantwortung übernommen, auch Westerwelle wurde bis zu seiner Tätigkeit als Außenminister lange der „Nimbus der Verantwortungsferne“ (Nentwig/Werwath 2009: 119) zugeschrieben. Dies wird zwar gegenwärtig rhetorisch umgemünzt zur Unverbrauchtheit, dennoch steht dies in Spannung zu den Erwartungen der Wählerklientel der pragmatischen „Macher“.

Die Parteikultur der FDP kam traditionell ohne Visionen, herausragende „Märtyrer der Parteigeschichte“, eine starke Organisation oder feste Milieubindung (vgl. Walter 2009: 384 ff.) aus. Dies bedeutet einerseits mehr Freiraum für die Führung, andererseits jedoch auch eine schwieriger zu leistende Integration der Partei, weshalb situative Bindemittel eine größere Rolle spielen. Die Aufmerksamkeit klassischer Medien war der Partei infolge des außerparlamentarischen Oppositionsstatus größtenteils abhandengekommen, FDP-Politiker wurden nur noch selten in Talkshows eingeladen und Inhalte der Partei in Nachrichten oder Tageszeitungen nur sporadisch erwähnt. Gleichzeitig erforderte der geringere finanzielle Spielraum die Auswahl günstigerer Vermittlungskanäle. So wurden die Kampagnen aller Landtagswahlkämpfe etwa mit Hilfe nur einer gemeinsamen Werbeagentur geführt – ein Novum in der Geschichte

der FDP. Um diese zu finanzieren, erhob man wiederum eine Sonderumlage von der Basis. Die innerparteiliche Kommunikation fand aufgrund der Finanzknappheit und der fehlenden medialen Aufmerksamkeit in den letzten Jahren verstärkt über die sozialen Medien statt. Letzteres jedoch ist für die FDP keine komplett neue Entwicklung; so hatte sich die Partei bereits unter Westerwelle bemüht, sich auch über Social Media an Wähler und Mitglieder zu wenden (Nentwig/Werwath 2009: 111 ff.). Zudem haben die sozialen Medien im Vergleich zu den klassischen Formaten einen Vorteil: Auch jüngere Bevölkerungsgruppen, die in der Wählerschaft bislang unterrepräsentiert waren, sowie das mobile Bürgertum lassen sich über *Facebook* und andere soziale Netzwerke einfacher erreichen. Hier erwiesen sich die sozialen Medien somit als ideale Schnittstelle zwischen den Anforderungen der jüngeren Mitglieder an Parteiarbeit, denen die tradierten Formen des parteilichen Engagements in der Vergangenheit oftmals wenig reizvoll erschienen waren (vgl. Walter 2008: 150), dem zu vermittelnden modernen Image der Partei und dem Bedürfnis der Partei, direkt und damit ungefiltert in Kontakt mit den Wählern zu treten. Dazu gehörten beispielsweise dialogische *Livechats*, die dem Publikum Nähe und Responsivität vermittelten. Diese Form einer direkteren Kommunikation wurde auch für die Beteiligung an der Erstellung des Bundestagswahlprogramms 2017 eingesetzt. Die Abstimmung über den Koalitionsvertrag in NRW 2017 erfolgte ebenfalls via Online-Abstimmung. Zudem werden nicht nur klassische Meldungen in den sozialen Kanälen geteilt, sondern auch eigens für diese Formate Inhalte erstellt, beispielsweise die knappen Zwischenrufe Lindners, und dort veröffentlicht.

Das Selbstverständnis vieler Mitglieder, zur gesellschaftlichen Elite zu gehören, musste ab dem Herbst 2013 mit der Erfahrung, Opposition außerhalb des Parlaments zu sein, in Einklang gebracht werden. Vor diesem Hintergrund und angesichts auch innerparteilich unterschiedlicher Narrative der Ursachen der Krise von 2013 organisierte die Parteiführung im Jahr 2014 einen „Leitbildprozess“, in dem die Partei unter Beteiligung der Mitgliedschaft sich selbst eine inhaltliche Zielvorstellung entwerfen sollte. Bestandteil der erneuerten Wähleransprache ist demnach, dass diese weniger, als in der Vergangenheit üblich, an funktionalen, sondern stärker an sozialen und emotionalen Bedürfnissen der Wählergruppen orientiert sein sollte (FDP 2014). Jedoch vollzog die FDP mit diesem Prozess keine programmatische Neuaufstellung, denn das bis heute gültige Grundsatzprogramm stammt aus dem Jahr 2012. Der „Leitbildprozess“ diente vor allem dazu, die Partei auf einen gemeinsamen Kurs einzuschwören und Einigkeit hervorzurufen, womit letztlich abermals die Führungsebene gestärkt wurde. Während beim Karlsruher Grundsatzprogrammprozess ab 2011 die damalige Parteiführung zugleich Teil der Bundesregierung war und mit der Krise der Partei zu kämpfen hatte, kam ihr beim „Leitbildprozess“ die fehlende mediale Öffentlichkeit entgegen, weil sich die Debatten unaufgeregter führen ließen. Auf diese Weise trug das Moment der Krise dazu bei, die bei der FDP zentrale Aufgabe des Vorsitzenden, nämlich die „Integration der Individualisten“ (Walter 2005: 119), zu erleichtern.

3 Programmatisches Profil im parteipolitischen Wettbewerb

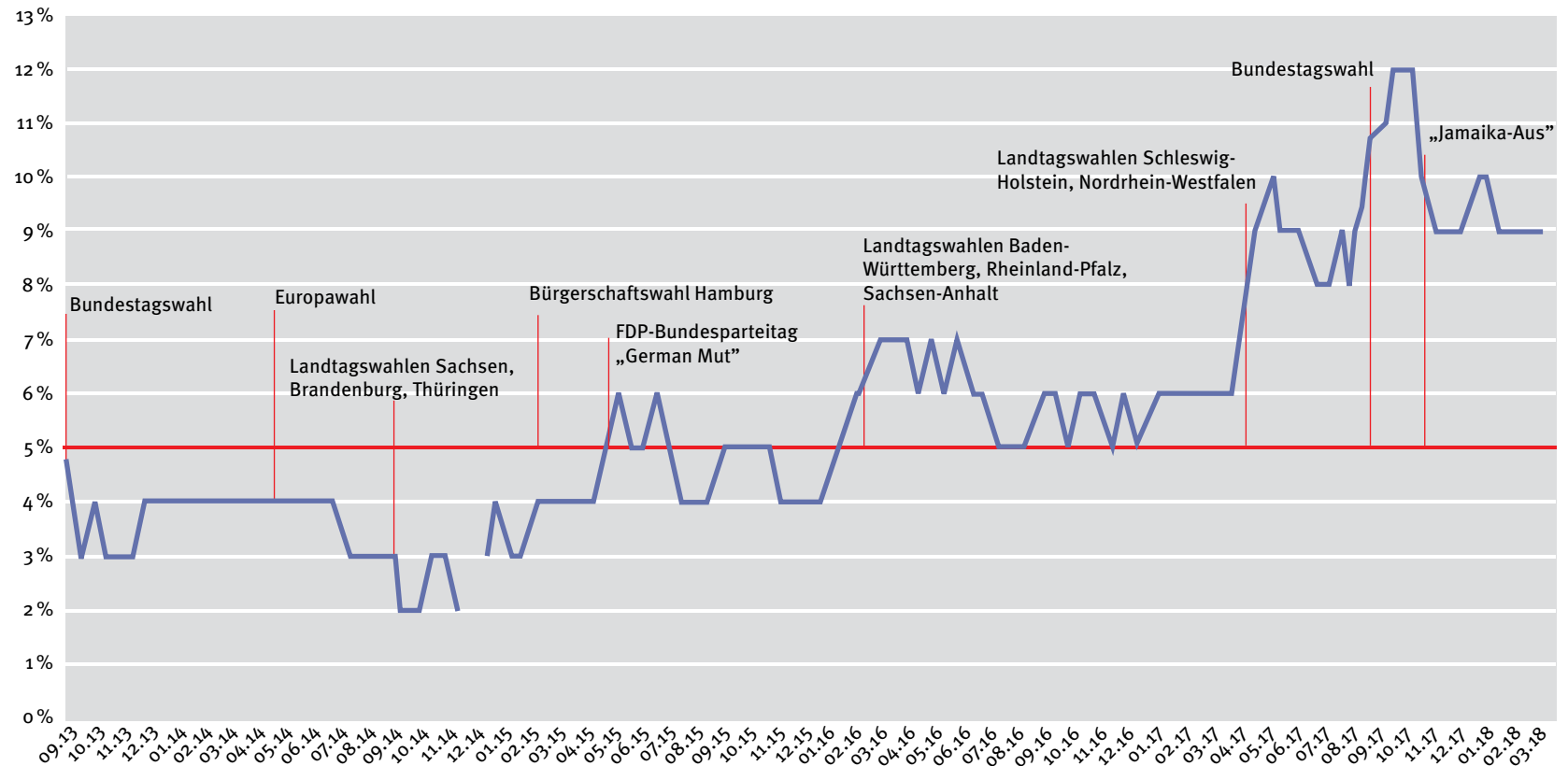
Der Zustand der FDP im Herbst 2013 war desolat. Sie wurde, wenn inhaltlich überhaupt noch bestimmbar, bestenfalls als Partei der Wirtschaftsthemen, die sich insbesondere an den Mittelstand richtete, wahrgenommen (Institut für Demoskopie Allensbach 2013). Somit standen die Freidemokraten vor der Herausforderung, ihre Kompetenzzuschreibungen restaurieren und ihr inhaltliches Profil auf weitere Felder ausdehnen zu müssen. Diesen Notwendigkeiten nachzukommen erwies sich jedoch aufgrund der Ressourcenschwäche, der fehlenden medialen Öffentlichkeit sowie des verschärften Parteienwettbewerbs angesichts des Aufkommens von Piratenpartei und AfD als äußerst schwierig. Die Freidemokraten unternahmen, wie der folgende Abschnitt zeigt, spezifische Profilierungsversuche, um Gelegenheitsfenster im Konkurrenzkampf der Parteien zu nutzen.

3.1 2013-2014: Die „neue alte“ FDP

Nach der verlorenen Bundestagswahl musste die FDP ab Oktober 2013 versuchen, sich als außerparlamentarische Oppositionspartei zu profilieren. Mit Verve kritisierte sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Großen Koalition. Dabei konzentrierte sie sich vor allem auf die sozialpolitischen „Wahlgeschenke“, wie etwa die „Mütterrente“, die „Rente mit 63“ oder die Kosten der Energiewende (Lindner 2014). Auch die Überwachung von Social-Media-Profilen durch Spähprogramme ausländischer Geheimdienste wurde von der FDP ganz im Sinne ihrer Tradition als Bürgerrechtspartei immer wieder scharf kritisiert (FDP 2013b). Nicht mehr das Thema Steuern stand somit Ende 2014 im Zentrum ihrer inhaltlichen Agenda, sondern vielmehr verschiedene klassische liberale Themen und Forderungen. In Abgrenzung zur 2013 gegründeten AfD bemühten sich die Liberalen, sich als gesellschaftspolitisch modern und nicht fremdenfeindlich hervorzutun (Neukirch 2014). Somit erinnerte das Profil der FDP nach der Bundestagswahl 2013 an ihre Oppositionsrolle gegenüber der Großen Koalition ab 2005 (Walther 2010: 328). Anders als zehn Jahre zuvor bestand in der breiten Bevölkerung jedoch kein großer Bedarf an einer wirtschaftsliberalen Positionierung, wie Allensbach-Chefin Köcher festhielt (Bollmann 2014). Im Gegenteil: Die ökonomischen Reformvorstellungen der FDP kamen angesichts der verblässenden marktwirtschaftlichen Euphorie nach der Finanzkrise nicht gut an – während die eisernen Verteidiger der wirtschaftsliberalen Doktrin infolge der schwarz-gelben Koalition ohnehin Misstrauen gegenüber der FDP hegten. Damit befanden sich die Liberalen in den Jahren 2013-2014 in einer programmatischen Sackgasse, was sich auch in der Wählergunst abbildete; in Umfragen erreichte die FDP im Dezember 2014 bundesweit nicht einmal mehr 2 Prozent (Infratest Dimap 2014).

Abbildung 1:

Umfrageergebnisse Bundes-FDP September 2013 bis März 2018



Im Dezember 2014 maß Infratest Dimap für die FDP weniger als 2 Prozent und wies für sie keinen Wert mehr aus.
Quelle: Eigene Darstellung nach Infratest Dimap.

In den Niederlagen bei der Europawahl im Mai sowie bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2014 zeigte sich, dass die AfD unter Bernd Lucke aufgrund ihrer gesellschaftspolitisch konservativen Prägung für Teile des eben nur wirtschaftspolitisch liberal orientierten Mittelstands attraktiver zu sein schien als die FDP (Niedermayer in Hoffmann 2014). Auf dem gesellschaftspolitischen Feld machten ihr parallel die Grünen Konkurrenz, die etwa mit Positionen in der Bürgerrechtspolitik ähnliche Forderungen vertraten (von Lucke 2013: 6). So drohte die veränderte Konkurrenzsituation im Parteienwettbewerb für die FDP zum Problem zu werden – schließlich war es aufgrund der soziostrukturellen Heterogenität ihrer Wählerbasis im Laufe der Geschichte immer wieder zu Spaltungen liberaler Parteien gekommen (vgl. Vorländer 1987: 27f.). In dieser desolaten Situation hätte die FDP möglicherweise von anderen Parteien absorbiert werden können, weil es den Freidemokraten an Alleinstellungsmerkmalen mangelte.

3.2 2015: „Relaunch“

Infolge eines parteiinternen Selbstfindungsprozesses stellte die FDP auf dem Dreikönigstreffen 2015 ihr neues inhaltliches „Leitbild“ vor und nahm die Farbe Magenta in das Parteilogo auf. Die dahinterstehende Analyse ging davon aus, dass die bisherigen liberalen Kernbotschaften unbedingt erhalten bleiben, jedoch um weitere Aspekte erweitert werden müssten (FDP 2014). Hierzu gehörten inhaltliche Vorstöße zur Bildung und zur Start-up-Szene (Blome 2015). Der Bundesparteitag 2015 bot dann eine Bühne, diese neue Themengewichtung unter medialer Beobachtung ausführlich vorzustellen. Im Leitantrag des Parteitages positionierte die Partei gemäß dem Parteitagmotto „German Mut“ das Motiv der „Chancen“ – die „weltbeste Bildung für jeden“ und das „Vorankommen durch eigene Leistung“ etwa entlang wirtschaftspolitischen Forderungen – im Zentrum ihrer programmatischen Agenda (FDP 2016a).

2015 fanden außerdem in Hamburg und Bremen für die FDP wichtige Wahlen statt. Während des Hamburger Wahlkampfes betonten die Freidemokraten Anfang 2015 neben dem klassisch liberalen Thema der Wirtschaft nun verstärkt Bildungsaspekte. Für die Partei selbst und teilweise auch in der öffentlichen Wahrnehmung stellte die Hamburger Wahl eine Wende dar, ein Entkommen aus der Abwärtsspirale, in der die Freidemokraten lange gefangen zu sein schienen.

Bald jedoch wurde die FDP abermals mit schwierigen Diskussionen konfrontiert: Im Zuge der Bundestagsdebatten um ein drittes Hilfspaket der Eurogruppe für Griechenland trat die Partei gegen eine solche Maßnahme ein und zeigte sich für einen „Grexit“, den Austritt Griechenlands aus der Eurozone, offen. Dies bedurfte einer besonderen Rechtfertigung, hatte die FDP doch als Regierungspartnerin bis 2013 für die ersten beiden Rettungspakete gestimmt (Jungholt 2015). Die nun neue Positionierung setzte die Liberalen innerparteilich, aber auch im Parteienwettbewerb

werb unter Druck – wollte sie doch ihre proeuropäische Selbstbeschreibung nicht verlieren; eine EU-kritische Haltung jedoch zählt zu den Kernbestandteilen des Rechtspopulismus. Gleichzeitig verfolgte sie die Absicht, sich mit einer restriktiveren EU-Finanzpolitik gegenüber der Union zu profilieren, die in der Großen Koalition Teile ihres wirtschaftsliberalen Profils aufgegeben hatte.

So versuchte die FDP mit der Modernisierung tradierter Themen wie der Wirtschaftsförderung und der Bildungspolitik sich selbst ein Image der Erneuerung zu geben und gleichzeitig in eine entstandene Lücke im Parteienwettbewerb hineinzustoßen. Es mangelte ihr aber weiterhin an öffentlicher Aufmerksamkeit. Zudem hatte sie mit einem programmatischen Profil zu kämpfen, das von der Bevölkerung nun als noch schwächer empfunden wurde als zwei Jahre zuvor. 41 Prozent der Befragten gaben an, mit der FDP kein klares inhaltliches Angebot zu verbinden. Innerhalb der FDP-Klientel waren die Kompetenzzuschreibungen klarer, allerdings noch immer vorrangig an Wirtschaftsthemen gebunden (Institut für Demoskopie Allensbach 2015). Somit hatte eine leichte thematische Verbreiterung im inhaltlichen Angebotsprofil stattgefunden, die zwar bei regionalen Wahlen half, sich aber noch nicht in der bundesweiten öffentlichen Wahrnehmung niederschlug.

3.3 Ab Herbst 2015: „Flüchtlingskrise“

Ab September 2015 veränderte sich die gesellschaftliche Debattenlage gravierend. Während die FDP angesichts des steilen Anstiegs der Zahl von Asylsuchenden zunächst „Mut zum Pragmatismus“ (Lindner/Stamp 2015) forderte, positionierte sich die Partei bald merklich restriktiver, indem sie der Regierung beispielsweise vorwarf, die „Kontrolle verloren“ zu haben (Bangel 2015). In Abgrenzung zu einer offensiven Willkommenskultur forderte die FDP die Einführung eines einheitlichen europäischen Asylrechts, eine bessere Finanzierung von Flüchtlingslagern und eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen sowie die Absenkung der Flüchtlingszahlen (Eyermann et al. 2015). Dabei zeigte sich letztlich eher eine rhetorische als eine inhaltliche Abgrenzung zur Position der Union. Ende 2015 drohte die FDP dadurch erneut in eine diskursive Defensivposition abzurutschen. Die dominanten Debatten verengten sich auf soziokulturelle Themen wie Migration, Integration und innere Sicherheit und entfernten sich damit von den klassischen sozioökonomischen Kernthemen der FDP im Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik oder Bürgerrechtsfragen. Schienen diese in den Vordergrund gerückten Thematiken nach der Selbstwahrnehmung der FDP zunächst nicht dazu geeignet, ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien entwickeln zu können (FDP 2014), zeigte sich in Umfragen Anfang 2016 jedoch, dass die Anhänger der FDP nach jenen der AfD der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gegenüber am kritischsten eingestellt waren (Infratest Dimap 2016), was der Partei neue Chancen eröffnete, eine aussichtsreiche Position im politischen Wettbewerb einzunehmen.

Zwischen der gesellschaftlich liberalen Position der CDU sowie der Grünen und der restriktiven Haltung der kontinuierlich stärker werdenden AfD schien eine offensive Positionierung für die FDP zunächst riskant. Aber gerade weil die Reaktionen der anderen Bundestagsparteien auf die AfD oftmals als „moralische Höhenflüge“ (Korte 2017: 59) wahrgenommen wurden, konnte die FDP dort eine eigene Position besetzen. Sie verband ein konservatives Sicherheitsbedürfnis ohne offensive Abschottungsrhetorik mit einer rechtsstaatsorientierten und antimoralistischen Position – Letzteres vor allem gegen die Grünen. Die FDP galt wegen ihrer langen Regierungszeit im rechtspopulistischen Klischee zwar erst recht als „Altpartei“, befand sich nun jedoch außerhalb des Parlaments. So konnte sie sich von diesem Image distanzieren, ohne jedoch offensiv rechtspopulistische Positionen einnehmen zu müssen. Die Spaltung der AfD auf ihrem Essener Parteitag 2015 und ihre anschließende rechtslastige Entwicklung eröffneten zusätzlich ein Gelegenheitsfenster für die Freidemokraten (Decker/Best 2016: 50 f.). Diese Verschiebungen im Parteienwettbewerb ermöglichten es der FDP erst, wieder höhere Stimmenanteile zu erhalten. Ein gestiegener Zulauf zur Partei, gerade auch in ihrer klassischen Klientel, wurde beispielsweise dadurch deutlich, dass einige namhafte Wirtschaftsführer der FDP beitraten (Nienhaus 2015).⁴

Außenpolitisch entstand mit dem „Brexit“-Referendum eine weitere innerparteiliche Konfliktlinie. Die FDP brachte „Verständnis“ für die Freihandelsvorstellungen und die Forderungen nach einer flexibleren Entwicklung der EU seitens der Brexit-Befürworter auf, stellte sich aber gegen den Abbau von Freizügigkeit (FDP 2016b). Inmitten dieser komplizierten Debattenlage versuchten die Liberalen auf ihrem Bundesparteitag 2016 abermals, weitere Themen in den Vordergrund zu stellen. Dort wurde der Leitantrag „Chancen in der digitalen Gesellschaft“ verabschiedet, in dem der Themenkomplex Bildung unter Gesichtspunkten der Teilhabe – und damit der Bürgerrechte – sowie der zukunftsgerichteten Digitalisierung betrachtet wurde. Bei dieser Positionierung kam der FDP auch die durch die Marginalisierung der Piratenpartei entstandene Lücke im Parteiensystem zugute. Fragen zur Arbeitswelt wurden vor allem aus dem Blickwinkel der Flexibilisierung verhandelt.

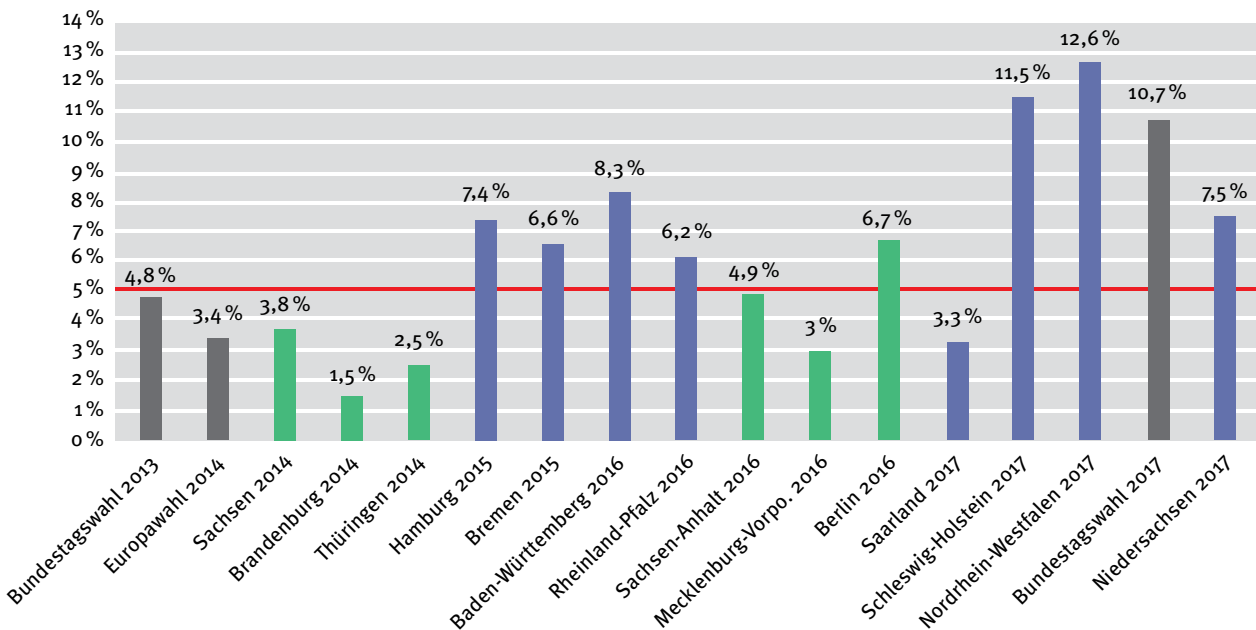
Bei den Landtagswahlen im Frühjahr des Jahres 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die von der Flüchtlingsthematik dominiert waren, setzten die Liberalen neben Bildungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsthemen (o. V. 2016b) auf eine Ablehnung der Merkschen Zuwanderungspolitik, forderten konsequentere Abschiebungen, strengere Kontrollen an den Grenzen sowie ein Einwanderungsgesetz (o. V. 2016a) und boten so einigen Wählern einen Zufluchtsort für bürgerlichen Protest (Butzlaff/Freckmann 2017). Der baden-württembergi-

⁴ Auch in Interviews mit deutschen Unternehmern, die in den Jahren 2013-2014 vom Göttinger Institut für Demokratieforschung durchgeführt wurden, wird in Teilen eine Sympathie für die Positionen einer liberalen Partei deutlich, bei gleichzeitiger Ablehnung des Auftretens der FDP bis 2013. Zu den Ergebnissen der Studie vgl. Walter/Marg (2015).

sche FDP-Spitzenkandidat Hans-Ulrich Rülke etwa bezeichnete seine Partei als „Alternative für Demokraten“ (Dorfs/Müller 2016). Auch rund um die Berliner Abgeordnetenhauswahl im Herbst desselben Jahres konnte die FDP mit einer restriktiven, jedoch nicht rechtspopulistischen Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung Zuspruch hervorrufen und gleichzeitig mit der Forderung nach Erhalt des Flughafens Tegel mit einem regionalen Thema bei dieser Wahl ein gutes Wahlergebnis erzielen (Niedermayer 2017b: 46). Die Erfolge der Partei setzten sich im Frühjahr 2017 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen fort. Hierbei spielten die jeweiligen Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki und Christian Lindner (Heinrich 2017b: 34) eine wichtige Rolle. Während das Vorhaben, mit einer modernen Wahlkampagne vor allem die jungurbane Klientel zu erreichen, im eher ländlichen und bürgerlich-konservativen Baden-Württemberg und zumal mit einem stärker ebendiese Klientel repräsentierenden Spitzenkandidaten noch ein gewisses Wagnis dargestellt hatte, gelang dies doch spätestens in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen reibungsloser. Jedenfalls konnte die Partei besonders bei diesen letzteren beiden Wahlen jüngere Wähler ansprechen, während bei den vergangenen Landtagswahlen nach 2013, trotz innovativer Wahlkampagnen, die Älteren (60+) die stärkste Gruppe geblieben waren (vgl. Infratest Dimap Wahlanalysen: wahl.tagesschau.de o. J.).

Abbildung 2:

Ergebnisse Europawahl, Bundestags- und Landtagswahlen der FDP 2013-2017



Die FDP konnte nur aufgrund des Ergebnisses im Westteil von Berlin von 8,6 Prozent in das Abgeordnetenhaus einziehen, da ihr Ergebnis im Ostteil der Stadt mit 4,0 Prozent merklich schwächer war.
Quelle: Infratest Dimap Wahlanalysen: wahl.tagesschau.de o. J.

3.4 Bundestagswahl 2017

In ihrem Programm für die Bundestagswahl 2017 setzte die FDP die Schwerpunkte auf Bildung, Digitalisierung und Wirtschaftspolitik. Diese in verschiedenen Politikfeldern, etwa Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Bürokratieabbau, verhandelten Themen bildeten gleichzeitig konkrete Forderungen und übergeordnete Rahmen für andere Teilsujets. In der Sozial- und Rentenpolitik setzte die FDP im Wahlprogramm auf mehr Flexibilisierung – Abschaffung des festen Renteneintrittsalters, Aufhebung starrer Arbeitszeitgrenzen und Einführung eines alle steuerfinanzierten Sozialleistungen bündelnden „Bürgergeldes“ (FDP 2017a). Im Vergleich zum Wahlprogramm 2013 nahm die Partei in der Euro- und Flüchtlingspolitik eine restriktivere Position ein (Patton 2018: 137f.). Sowohl bei einer Umfrage zur eigenen Themengewichtung im „Leitbildprozess“ (Buschmann 2014: 15) als auch in einer Befragung zur Erstellung des Bundestagswahlprogrammes (Assmann 2016: 12) stand bei den Mitgliedern die Steuerthematik jedoch nach wie vor an erster Stelle. Im Wahlprogramm rangierte der Aspekt Steuern zwar erst auf den hinteren Seiten, war aber, verbunden mit Entlastungen von 30 Milliarden Euro, die weitreichendste Forderung aller relevanten Parteien. Die Rückkehr der Steuerfrage – jedoch nicht als Alleinstellungsmerkmal – und Beschlüsse wie jener zur Stärkung selbstständiger Berufe (FDP 2017b) zeigen hier die erneute Suche nach Anschluss an alte Wählergruppen.

Im Bundestagswahlkampf 2017 galt das Rennen zwischen Merkel und Schulz zugunsten der Bundeskanzlerin frühzeitig als entschieden. Dies wiederum entfachte eine Dynamik beim Kampf um „Platz 3“ im kommenden Bundestag. Lange Zeit dominierte kein bestimmtes Thema, bis kurz vor der Wahl noch einmal Debatten um die Flüchtlingspolitik an Bedeutung gewannen (Niedermayer 2017a: 469). Die strukturelle Situation der „blockierten Demokratie“ (von Lucke 2013: 5) im deutschen Parteiensystem, in der die Bildung einer linken Regierungsmehrheit faktisch ausgeschlossen ist, was wiederum die Große Koalition stabilisiert, hatte zur Folge, dass angesichts der Präsenz der SPD in diesem Bündnis auch das Wirtschaftsbürgertum frustriert war. Nachdem sich die Sozialdemokraten in der Großen Koalition 2013-2017 besonders gegenüber dem Unternehmerflügel der Union wirtschafts- und sozialpolitisch hatten durchsetzen können, entstand eine Lücke für die FDP. Der infolge der Finanzkrise in den vergangenen Jahren aufgekommenen Kritik am Wirtschaftsliberalismus begegnete die Partei, indem sie ihr inhaltliches Angebot nicht mehr auf die Steuerfrage zuspitzte, sondern mit weiteren zentral positionierten Themen in den Wahlkampf zog, die keine oder nur mittelbare Verbindung zu Wirtschaftsthemen hatten, etwa Bildungs- und Digitalisierungsaspekten. In Ablehnung eines moralisch aufgeladenen gesellschaftspolitischen Progressivismus positionierte sich die FDP zudem gegen die Grünen, ohne jedoch selbst inhaltlich konservative oder reaktionäre Positionen einzunehmen.

Bei der Bundestagswahl erzielte die FDP ein Zweitstimmenergebnis von 10,7 Prozent. Dieses überraschend gute Abschneiden resultierte aus dem historisch hohen und nach dem Absturz 2013 mittlerweile wiedererlangten Zuspruch aus der Gruppe der Selbstständigen (19 Prozent; = plus 9 Prozent), zudem konnte die Partei bei Angestellten und Beamten punkten. Gleichzeitig erreichte die Partei in allen Altersgruppen höhere Stimmenanteile als vier Jahre zuvor und legte besonders bei den Jüngeren zu (bei den 18- bis 24-Jährigen plus 8 Prozent) (Heinrich 2017a: 65). Die Wählerschaft maß der FDP besondere Kompetenzen in ihren klassischen Bereichen Steuer- (9 Prozent) und Wirtschaftspolitik (9 Prozent) sowie bei den Themen Bildung (7 Prozent) und Flüchtlingspolitik (5 Prozent) zu (Heinrich 2017a: 40). Somit gelang es der FDP tatsächlich, auf den klassischen Feldern der Wirtschafts- und Finanzpolitik ihre Kompetenzzuschreibungen zu restaurieren, zugleich wurde ihr in weiteren Bereichen erhöhte Kompetenz beigemessen. Deutlich war aber auch die Tendenz zur strategischen Wahlentscheidung. So gaben 70 Prozent der FDP-Anhänger an, die Partei gewählt zu haben, um dadurch eine Große Koalition zu verhindern. Auch die Wählerwanderungen zeigten, dass das Prinzip der „kommunizierenden Röhren“ wieder intakt war, kamen doch 1,6 Millionen der FDP-Wähler – und damit ein Drittel ihrer gesamten Wählerschaft – von der Union (Heinrich 2017a: 88). Bei der Analyse der Wählerschaft fällt zudem auf, dass die Liberalen vornehmlich Milieus mit hohem Einkommen sowie guten Bildungsabschlüssen ansprechen konnten. Die FDP erzielte im Vergleich zu den anderen Parteien am stärksten Gewinne in sozial gehobenen Milieus (Vehrkamp/Wegschaider 2017: 25) und repräsentiert damit die sozial etablierten Kreise der Gesellschaft, weniger Angehörige unterer Schichten. Insgesamt zeigt sich trotz stark modernitätsorientierter Wahlkampagne auch eine Spaltung innerhalb der Wählerschaft entlang der Konfliktlinie zwischen Modernisierungsbefürwortern und -skeptikern. 59 Prozent der FDP-Wählerschaft blicken optimistisch auf die Modernisierung, 41 Prozent stehen ihr kritisch gegenüber (Vehrkamp/Wegschaider 2017: 32). Dies stellt in puncto Wähleransprache eine besondere Herausforderung für die FDP dar.

3.5 Zurück im Parlament: Eigene Rolle gesucht

In den Sondierungen für ein „Jamaika“-Bündnis offenbarten sich insbesondere zwischen FDP und Grünen sowie zwischen Grünen und CSU programmatische Widerstände (von Lucke 2017a: 5 f.). Die FDP setzte sich in den Sondierungen für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages ein. Zudem erwies sich das Thema des Umfangs der Reduktion von Kohlestrom als weiterer zentraler Streitpunkt, an dem die Sondierungen schließlich scheiterten (Jungholt 2017). Während die FDP-Führung die Grünen als Hauptverursacher der inhaltlichen Unvereinbarkeit der potenziellen Partner betrachtete (Wehner/Lohse 2017), dürfte auch die mangelnde parlamentarische Erfahrung der Liberalen in den vergangenen vier Jahren, die gerade erst

wieder aufzubauenen Strukturen im Parlament sowie fehlendes Personal mit Regierungserfahrung zu der Entscheidung beigetragen haben, die Sondierungen zu verlassen. Zudem stand die FDP vor der Situation, anstelle eines geschärften Oppositionsmodus innerhalb einer möglichen künftigen Regierung mangelnde inhaltliche Zuspitzungsmöglichkeiten zu haben. Nachdem die FDP die Jamaika-Sondierungen beendet hatte, wies man, je nach Lager, der FDP die Schuld am Scheitern der Gespräche zu oder honorierte diese Entscheidung. Besonders die bürgerliche Presse zeigte Verständnis (Poschardt 2017). Aus der Wirtschaft schlug der Partei hingegen Widerstand entgegen – Arbeitgeberpräsident Kramer bezeichnete den Ausstieg der FDP aus den Sondierungen als eine „Schande“ (Afhüppe/Sigmund 2017). In der Anhänger-schaft der FDP zeigte sich ein zwiespältiges Bild. Einerseits wurde der Abbruch der Verhandlungen mehrheitlich bedauert – war es doch für die FDP-Wählerschaft ein starkes Wahlmotiv gewesen, eine erneute Große Koalition zu verhindern –, andererseits wurde überwiegend den Grünen die Verantwortung für das Scheitern zugeschoben. Die Kritik an der eigenen Führung hielt sich innerhalb der liberalen Basis in Grenzen; auch ein Absturz in den Umfragen ist bislang ausgeblieben (Infratest Dimap 2017).

Das Dreikönigstreffen 2018 stand ganz im Zeichen der Rechtfertigung des Verhandlungsabbruchs. Lindner reagierte auf die parteiinterne Kritik an diesem Schritt, indem er die FDP als modernisierungsbefürwortendes bürgerliches Korrektiv darstellte. Seitdem muss sich die Partei im verschärften Parteienwettbewerb zwischen drei weiteren Oppositionsparteien profilieren. Besonders gilt es, sich neben der AfD zu behaupten, die in ihrem Kommunikationsstil ein lauterer Auftreten präferiert und aufgrund ihrer Größe die Oppositionsführerschaft im Bundestag innehat. Zudem müssen die Freidemokraten neben der gestiegenen Anzahl der Konkurrenten aus der strategischen Defensivposition nach dem Jamaika-Anlauf inhaltliche Alleinstellungsmerkmale finden. Wie schwer es für die Partei ist, wahrgenommen zu werden, zeigen beispielsweise Vorstöße der Liberalen zum „Familiennachzug“ oder zum „Netzdurchsetzungsgesetz“, mit dem eine verbesserte Anwendung der geltenden Gesetze in sozialen Netzwerken erfolgen sollte, die in der öffentlichen Debatte wenig Resonanz erfuhren. Die FDP muss in der inhaltlichen Positionierung wegen der notwendigen Integration verschiedener Wählermilieus eine Mittelposition einnehmen, was ihre Wahrnehmbarkeit zusätzlich verringert. Obwohl der Zugang zu den Medien nach der Rückkehr in den Bundestag wieder besser geworden ist, gelingt das Zuspitzen von einzelnen inhaltlichen Forderungen nicht mehr so einfach wie während der Oppositionsphase außerhalb des Parlaments. Eine ähnlich gelagerte Positionierung wie zu Zeiten der ersten Großen Koalition unter Merkel ab 2005 – dort wollte man die „Sozialdemokratisierung“ (Pragal 2007: 24) des Landes verhindern – wird gegenwärtig auch durch die fortschreitende Auflösung des klassischen Lagerdenkens infolge des erhöhten Parteienwettbewerbs erschwert (vgl. Mielke 2017: 246 ff.).

Die FDP hat mit ihrem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen ihre Parteiinteressen vor die Systemlogik gestellt, welche auf das Funktionieren von Regierungswechseln und die Verhinderung antidemokratischer Entwicklungen ausgerichtet ist (Tils/Raschke 2018: 1). Wenn die FDP als gemäßigte Kleinpartei neben den Grünen gegenüber den beiden großen Kräften Union und SPD und den Flügelparteien AfD und Linke ihre Forderungen zukünftig in Regierungspolitik umsetzen will, wird sie weiterhin auf Dreierkoalitionen angewiesen sein, was die eigene Verortung in den klassischen Lagern erschwert. Stets erfordert ein solches Dreierbündnis, das ohne die Flügelparteien auskommen will, den „Übertritt“ der jeweiligen gemäßigten Partei des einen Lagers in das andere: Die Grünen müssten nach „Jamaika“ hinüberwechseln, die FDP sich in die „Ampel“ einfügen. Umso bemerkenswerter ist somit, dass die Jamaika-Sondierungen ausgerechnet an einer Partei gescheitert sind, die *nicht* fremd in das klassische Lager hinzugekommen ist.

4 Kommunikatives Profil

Während die FDP programmatisch letztlich wieder erfolgversprechende Themen besetzen konnte, blieben die viel größeren Probleme das schlechte Image der Partei und die damit verbundene mangelnde Glaubwürdigkeit bis in die eigene Klientel hinein. Parteiinterne Untersuchungen aus dem Jahr 2014 stellten zwar eine anhaltende Nachfrage der Wählerschaft nach liberalen Inhalten fest, zugleich wurden jedoch eine Reihe von Negativ-Images diagnostiziert, wonach die FDP als prinzipienlos, beliebig, elitär und sozial kalt wahrgenommen wurde (FDP 2014). Hieraus ergab sich die strategische Herausforderung, einerseits den alten Wählergruppen, die sich von der FDP seit 2009 gerade nicht aufgrund „sozialer Kälte“, sondern wegen ausgebliebener Steuersenkungen abgewendet hatten (vgl. Walter 2010b: 55), eine gewisse Kontinuität zu bieten. Andererseits musste die FDP kommunikative Wege finden, um auch andere Wählergruppen anzulocken. Die Partei versuchte infolgedessen, sympathischer aufzutreten und den Balanceakt zu leisten, als flexibles Start-up und gleichzeitig als seriöses Element der Bundesrepublik wahrgenommen zu werden.

4.1 Inhaltliche Kommunikation

Wärme und Zuspitzung: Gegen die reine „Ergebnisorientiertheit“

In den Fokusgruppen des parteieigenen „Leitbildprozesses“ wurde der FDP eine zu wenig emotional-empathische Kommunikation attestiert (FDP 2014). Die Außenkommunikation der Partei in den vergangenen Jahren dominierte entweder der eher behäbige Altherrentypus der Brüderle-Ära oder das sehr marktorientierte Bild Westerwelles; beide charakterisierten sich nicht eben durch einen empathischen Habitus. Obwohl Westerwelle einst den Begriff „Nächstenliebe“ (Nentwig/Werwath 2009: 111) starkzumachen versucht hatte und sein Nachfolger Rösler den Begriff der Solidarität in die Parteirhetorik einzuführen versuchte (Rösler 2008: 5), wirkte die Wähleransprache der FDP bis 2013 eher abstrakt und allgemein adressiert (Nonnenmacher 2013a). Seither hat sich die Rhetorik der FDP verändert. Lindner fragte etwa: „Wer erinnert daran, dass Familien eine Chance haben müssen, sich etwas Eigenes aufzubauen?“ (Lindner 2016b). So will die Partei Einfühlungsvermögen vermitteln und auch gesellschaftlich Benachteiligte sowie soziale Aufsteiger ansprechen. Auch seine sogenannte „Wutrede“ im Düsseldorfer Landtag, in der Lindner sein Scheitern als Jungunternehmer darstellte, passt in dieses Schema. Zudem verordnet der Vorsitzende der Partei ganz ausdrücklich „Demut“ und „Humor“ (Lindner 2017c). Er gebraucht gar höchst emotionale Begriffe wie die „Liebe“ zur Freiheit (Bollmann/Kloepfer 2015) und beschreibt das eigene Gesellschaftsbild als das „optimistischste und men-

schenfreundlichste“ (Lindner 2013a). Neu ist ebenso die Ansprache mit „Du“ (Lindner 2013b) und nicht länger allein per distanzierendem „Sie“. Zugleich beherrscht die Partei auch weiterhin den harschen Duktus. Bezüglich der Höhe der Steuersätze etwa attestiert Lindner dem Staat „kleptokratische Züge“ (Will 2017).

Trotz dieser neuen sprachlichen Akzentuierung steht die FDP vor dem Problem, bei zu moderater Rhetorik nicht wahrgenommen zu werden, bei zu starker Zuspitzung jedoch ihre bürgerliche Klientel zu verschrecken oder das Etikett der „Spaßpartei“ aus dem Wahlkampf 2002 heraufzubeschwören und damit den Vorwurf mangelnder Ernsthaftigkeit. Somit ist es für die Freidemokraten nur ein kleiner Schritt von der Selbstironie zur ungenügenden Seriosität. Einerseits litt die Partei von 2013 bis 2017 unter der fehlenden Medienaufmerksamkeit, die parlamentarische Kräfte automatisch auf sich ziehen; andererseits kamen ihr die Regeln der medialen Logik – unter anderem Personalisierung, Kurzlebigkeit, Kontroversen, unterhaltsame Präsentation – gerade in der außerparlamentarischen Opposition durchaus gelegen (vgl. Jun 2016). Die in den Bundestag zurückgekehrte FDP jedoch steht vor umgekehrten Voraussetzungen: Sie hat zwar strukturell wieder einen leichteren Zugang zur breiten Medienöffentlichkeit, muss aber nun verstärkt gemäß der politischen Logik der Parlamentsarbeit mit langwieriger Kompromissfindung in vertraulicher Atmosphäre und unter Rücksichtnahme auf Fraktionsnotwendigkeiten handeln, viel konkreter, detailversessener auftreten – und gleichzeitig die Wahrnehmungsschwelle für eine breitere Öffentlichkeit überwinden.

Gegen die liberale Staatskritik

„Die Verteidigung der Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat“ (Lindner 2015b) ist ganz im liberalen Sinne Kernbestandteil der Politik der FDP. Allerdings wurde dem Liberalismus in seiner langen Geschichte immer wieder eine allzu kritische Haltung gegenüber dem Staat vorgeworfen (vgl. Vorländer 2016: 13 ff.). Auch auf dieser Ebene beschreitet die FDP neue Wege. Die FDP unter Lindner platziert das Thema Steuersenkungen gegenwärtig zwar etwas weniger prominent auf der Agenda, vertritt diese Forderungen aber immer noch vehement. Steuern werden von der FDP immer noch als „Last“ verhandelt, nicht als Beitrag zum Gemeinwesen gesehen (Wehling 2016: 84 ff.). Jedoch ist nicht mehr die Rede von „Steuersenkungen“, sondern von „Fairness zwischen Bürger und Staat“ (Lindner 2017c). In der Rhetorik der FDP sind zu hohe Steuern weiterhin eine Form der ungerechten „Umverteilung“, durch die den Leistungsträgern etwas weggenommen und die individuellen Chancen eingeschränkt werden. Ebenso rangiert der Markt, im liberalen Duktus als „Klugheit der Vielen“ (Lindner 2013a) bezeichnet, vor dem Staat. Als potenzielle Wähler nennt Lindner den „Handwerksmeister“, der gegen die „Mindestlohnbürokratie“ angehen müsse, den Facharbeiter, der unter der „kalten Progression“ leide, die Jüngeren, für die ein

„Rentenpaket“ nur Nachteile bringe (Blome 2015), die Naturwissenschaftlerin, die vom „Fiskus“ eingeschränkt werde, oder den Mittelständler, der „über die alltägliche Bürokratie stöhnt“ und „den entfesselten Gewalten auf den Finanzmärkten ausgeliefert ist“ (Lindner 2013b). Diese Beispiele einer breiten Wähleransprache zeigen den Staat stets als Gegner des Bürgers.

Hingegen ist der Staat aus Sicht der FDP auch positiv konnotiert, etwa wenn es um die Bewahrung der wirtschaftlichen Wettbewerbsordnung geht, wenn er die Unternehmer und Bürger vor dem „Konzernkapitalismus“ schützen soll und wenn es um seine Rolle beim Schutz von Bürgerrechten, insbesondere der Privatsphäre, oder bei der Gewährung von Bildung geht. Auch in der Sozialpolitik spricht Lindner von der „Voraussetzung eines entwickelten Sozialstaats“ (FDP 2017b). Dabei stellt er den „aktivierenden Sozialstaat“ (FDP 2017a: 62 ff.) dem „real existierenden Wohlfahrtsstaat“ der linken Parteien gegenüber (Lindner 2017b). Aus freidemokratischer Perspektive gilt der Sozialstaat als Instrument, um individuelle Aufstiegschancen zu ermöglichen, wobei Ungleichheit im Ergebnis akzeptiert wird.

Weil sich die Freidemokraten bewusst sind, dass der Liberalismus mit seinem individualistischen Ansatz zumindest den Anschein erwecken kann, die sozialen Voraussetzungen für das Funktionieren des Staates zu ignorieren (Vorländer 1987: 26), was dann zum Vorwurf der „sozialen Kälte“ führt, wird mittlerweile die Notwendigkeit des Staates in bestimmten Bereichen stärker betont. Dieser soll aber nicht – wie traditionell von links konzipiert – kollektiv organisiert sein, sondern primär das individuelle Fortkommen sichern. Das Spannungsverhältnis zwischen der Forderung nach mehr Effizienz und dem Abbau von „Bürokratismus“ auf der einen und nach der Garantie demokratischer Spielregeln auf der anderen Seite ist vor allem mit Blick auf die eigene unternehmerische Klientel brisant, die unter anderem Kritik an zu langwierigen politischen Verfahren äußert (Lorenz 2015: 122 ff.). Lindner selbst berichtet, dass er in deutschen Wirtschaftskreisen mitunter Bewunderung über die „scheinbar durchsetzungsfähigeren Gesellschaften etwa in China“ (Konrad-Adenauer-Stiftung 2015) beobachte. Das Spannungsverhältnis der Liberalen zum Staat, etwa historisch zwischen der Bekleidung gouvernementaler Ämter, proklamierter Staatsferne in der Wirtschaft und dem gelegentlichen Einsatz für staatlichen Schutz zugunsten der eigenen Klientel, ist jedoch nicht neu, sondern lässt sich bis tief in die Geschichte der liberalen Parteien zurückverfolgen (Lösche/Walter 1996: 10 ff.). In diesem Bereich fällt die Kommunikation der FDP somit differenzierter, teils mit positiverem Staatsbild aus, bewegt sich jedoch weiterhin innerhalb des tradierten liberalen Sprachdukts.

Tradition und Prinzipien: Gegen die „Beliebigkeit“ und das „Umfaller“-Image

Durch die Zuspitzung auf Finanz- und Steuerthemen im Bundestagswahlkampf 2009, deren ausgebliebene Umsetzung in der Beteiligung an der schwarz-gelben Bundesregierung sowie

durch den extern nur schwach wahrgenommenen Neuaufstellungsprozess 2011-2012 wirkte die FDP nach der Bundestagswahl 2013 profillos. Hinzu kam, dass die Partei durch den politischen Abgang vieler prominenter Parteipolitiker und einige Todesfälle prägender Protagonisten wie Westerwelle, Genscher und Scheel auch ein gewisses Maß an Geschichtslosigkeit ausstrahlte. Hierauf reagierte Lindner ab 2013 mit der Darstellung der FDP als „Traditionspartei“ (Lindner 2017c). Besonders häufig rekurriert der Vorsitzende dabei auf Personen wie Ralf Dahrendorf (Lindner 2015a), Otto Graf Lambsdorff und die marktwirtschaftliche Tradition nach Ludwig Erhard (Lindner 2016a). Der Liberalismus und seine Parteien zeichneten sich jedoch schon immer durch das Changieren zwischen den verschiedenen Strömungen des Wirtschafts-, National-, Sozial- und Linksliberalismus aus. Dem parteipolitischen Liberalismus fehlt aufgrund seiner diskursiven Offenheit im Vergleich zu anderen Parteien die „eigenkulturelle Wärmestube“ (Walter 2009: 385). Nahezu keine andere Partei in der deutschen Politik ist in ihrer Geschichte so voller Brüche und Abspaltungen wie die Liberalen, weshalb der Bezug zur „Tradition“ hier erneut eine integrative Funktion hat. Gerade weil die FDP sich historisch nicht auf eine liberale Strömung reduzieren ließ, argumentiert Lindner, gebe es keine Flügel in der Partei – und auch keinen „Bindestrich-Liberalismus“ (Lindner 2017c). Dieses inhaltlich changierende Auftreten – mal wird eine stärker sozialliberale, mal eine eher wirtschaftsliberale inhaltliche Positionierung eingenommen – kann als neuer „Genscherismus“ (Lösche/Walter 1996: 100) interpretiert werden. Anders jedoch als beim ehemaligen Außenminister setzt die FDP unter Lindner weniger auf das Erreichen gouvernementaler Stärke – aus der außerparlamentarischen Opposition war dies ohnehin nicht möglich –, sondern verbindet dies demonstrativ mit inhaltlichen Forderungen, auch um sich dem Vorwurf der Machtversessenheit zu entziehen und gleichzeitig ihre „Eigenständigkeit“ zu betonen.

Diese programmatische Selbstbestimmung geht zudem stark mit der Abgrenzung gegenüber anderen Akteuren einher. Wenn Lindner anderen Parteien „Beliebigkeit“ (Lindner 2013b) vorwirft, wird der bürgerliche Pragmatismus der Union zur Orientierungslosigkeit und Ideenbestände der linken Parteien zu verbrämter „Ideologie“. Der „gesunde Menschenverstand“, vormals oft zwischen jenen beiden Begriffen genannt, spielt in der FDP-Rhetorik keine Rolle mehr, erinnert er doch zu sehr an die AfD. Auch die Ansprache der wie auch immer betitelten „Mitte“ ist als Ablehnung alles „Ideologischen“ zu verstehen. Als in der „Flüchtlingskrise“ der gesellschaftliche „Verlust der Mitte“ (Mangold 2016) konstatiert wurde, versuchte die FDP, diesen Ort rhetorisch zu besetzen, und Lindner rekurrierte auf die „ungeduldige“ (Lindner 2017c) oder „vernünftige“ Mitte. Solcherlei Vorgehen wird jedoch allzu schnell zu einer „Ideologie der Ideologielosigkeit“ (Leicht 1978) – bezieht sich die FDP hier doch bei ihrem Integrationsversuch auf einen extrem diffusen Begriff, der über ein Stichwort nicht hinausgeht. Dennoch bildet diese Rhetorik den Versuch eines Kontrastprogramms zu den Regierungsjahren 2009-2013, die auch

auf Seiten der FDP von narrativer Leere gekennzeichnet waren und in denen der Pragmatismus die „einzige Konstante politischer Orientierung des Regierungshandelns“ (Sturm 2012: 257) darstellte. Dabei setzt sich dieser Pragmatismus zugleich dem Ideologieverdacht aus, weil er sich nur an „Wahl- und Abstimmungserfolgen“ (Schwarz 2009) messen lasse. Das Image der „Umfallerpartei“, besonders stark geworden durch den Koalitionswechsel 1982, impliziert bereits programmatische Konturlosigkeit, verbunden mit dem Vorwurf, Machtoptionen vor politischen Inhalten anzustreben. Nach dem Abbruch der Jamaika-Verhandlungen dürfte das langjährige Stigma der „Umfallerpartei“ seine Wirkung jedoch ein Stück weit eingebüßt haben.

Fortschritt, Bewegung und Zukunft: Gegen die narrative Leere

Als die FDP nach der Bundestagswahl 2013 den Schwerpunkt des eigenen Agierens auf die Ablehnung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der „GroKo“ legte, erinnerte sie erst recht wieder an die „alte“ FDP: Programmatisch, aber auch vom Image her bediente sie vor allem jene bekannten Vorwürfe der „Dagegen-Partei“ ohne Zukunftsorientierung. Christian Lindner hingegen sprach in den Jahren danach von der FDP als „Fortschrittbeschleuniger der deutschen Politik“ (Lindner 2017d). Der Bezug zum Begriff des Fortschritts ist ein typisches sprachliches Stilmittel der Liberalen, hatte sich doch bereits der historische Vorläufer der FDP von 1861 „Deutsche Fortschrittspartei“ genannt. 1961 hatte die FDP angekündigt, eine „vorausschauende“ Perspektive einnehmen zu wollen, 1967 hieß der Wahlspruch gar „Sieger des Fortschritts – FDP“ (Haupt 2017). Auch in der Ära der „Freiburger Thesen“ Anfang der 1970er Jahre spielte der Fortschrittsbegriff eine wichtige Rolle (vgl. Flach/Maihofer/Scheel 1972: 34 ff.). Um inhaltlichen Gehalt zu transportieren, muss dieser Begriff jedoch immer mit einer bestimmten Perspektive verbunden werden, da jede politische Richtung eine andere Zukunft anstrebt (Koselleck 2004: 415). Die „Ambivalenz des Fortschritts“, die sich dadurch auszeichnet, dass man auf Besserungen durch zukünftige Entwicklungen hofft, während man bei dem angestrebten Wandel vorher aber mit nicht kalkulierbaren Faktoren umzugehen hat, macht die positive Besetzung dieses Begriffs zwar unterkomplex, ermöglicht es jedoch, die positiv konnotierten Ideen des Kommenden komfortabel im Diffusen zu belassen (Walter 2017: 16 ff.).

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Zukunft. So behaupten FDP-Politiker, sie seien die Einzigen, die Bildung als Zukunftsthema verhandelten, die fragten, „wovon wir in Zukunft leben“ wollten, ja, die überhaupt über Zukunft redeten (Haupt 2017). Die damit einhergehenden Ambivalenzen werden gar nicht erst beleuchtet. Vielmehr wird eine kritische Sicht anderer Parteien auf zukünftig zu bewältigende Aufgaben als Zukunfts- und Fortschrittsfeindlichkeit gerahmt. Diese Fortschrittsrhetorik ist die Leiterzählung der „Lindner-FDP“. Deutlich zu erkennen ist dabei der Gebrauch von Marketingsprache mit einer Art Superlativrhetorik bei fehlender

Reflexion der gerade populären Begriffe. Der hohe Anspruch aus modernitätsbefürwortenden Milieus bei der Bundestagswahl 2017 zeigt jedoch, dass die Partei in ihrer Wahlkampagne die Schattenseiten des Fortschritts gar nicht thematisieren musste, da diese Milieus selbst unkritisch mit derlei Phänomenen umgehen.

Bereits die Begrifflichkeiten im Bundestagswahlkampf 2017 postulieren ungeduldigen Veränderungswillen. Slogans wie „Denken wir neu“ oder „Manchmal muss ein ganzes Land vom 10er springen“ zeigen eine diffuse, nach vorn gerichtete Bewegung. Insbesondere nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen unterstrich die FDP ihre Abgrenzung gegenüber der Union und der „Methode Merkel“. Der Kanzlerin wird seitdem politischer Stillstand vorgeworfen, sie vertrete ausschließlich Interessen der älteren Generationen. Dagegen stilisiert die FDP sich selbst mit dem Slogan „Eine neue Generation Deutschland“ als junge, zukunfts zugewandte Kraft. Immer geht es dabei jedoch um eine unterschiedliche Wählergruppen erreichende Sprache. Der Slogan „Ungeduld ist auch eine Tugend“ beispielsweise verknüpft die jugendliche Rastlosigkeit mit bildungsbürgerlichen Referenzen. Diese Ansprache der „Zukunftsthemen“ verklammert die heterogenen Wählermilieus und verbindet die optimistisch nach vorn blickenden *Digital Natives* mit den Verunsicherten der bürgerlichen Mitte. Immerhin gaben 76 Prozent der FDP-Anhänger an, dass sie die Partei der Zukunftskonzepte wegen gewählt hätten (Heinrich 2017a: 43).

Die für Parteien typische Positionierung zwischen den Momenten der „Bewegung“ und der „Beharrung“ (vgl. Dürr 2005) scheint bei der gegenwärtigen FDP eindeutig zugunsten der Bewegung auszufallen. So bedient sich die FDP der Narrative des Optimismus, des Fortschritts und des (German) Mutes als Stilmittel vager Konkretisierung und forciert diese Selbstdeutungen explizit, indem die politischen Konkurrenten als Kräfte der Beharrung beziehungsweise des Rückschritts dargestellt werden. Damit präsentiert sich die FDP als „Reformpartei“, ohne dies jedoch programmatisch auszuführen, wie es noch Ende der 1960er Jahre der Fall gewesen war (Vorländer 2004: 160). Den Höhepunkt im Motiv der Bewegung erreichte die FDP mit dem Abbruch der Jamaika-Sondierungen. Diese disruptive Wende (vgl. Detjen 2017) geschah allerdings nicht aufbruchs-, sondern verhinderungsorientiert. In der Thematik der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik hingegen äußerte sich die Partei eher restriktiv und beharrend, etwa wenn Lindner das von Merkel produzierte „Chaos“ (Bangel 2015) kritisiert. Damit wiederum inszeniert sich die Partei gleichzeitig als Hüterin einer bürgerlichen Stabilität. So vollzieht die FDP einen Balanceakt zwischen diesen beiden Momenten der „Bewegung“ und der „Beharrung“. Hier zeigt sich umso deutlicher, dass die FDP ihre Positionierung je nach Themenfeld auch relational zur Ausrichtung der politischen Konkurrenten vornimmt.

Aufsteiger: Gegen das Elitäre

Auch das Motiv der „Einsteiger, Aufsteiger und Abweichler“ (Brost/Theile 2013) ist zentral in der gegenwärtigen Rhetorik der FDP. Dabei wird, anders als in früheren Jahren, der Begriff der „Leistungsträger“ kaum mehr benutzt, um nicht in den Ruf zu kommen, die gesellschaftliche Leistung finanziell Schwächerer auszugrenzen (Wehling 2016: 115 ff.). Zwar kritisiert die aktuelle Rhetorik die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom „Elternhaus“ (Lindner 2015a); als Lösung gilt jedoch nach wie vor der individuelle Aufstieg ungeachtet sozialer Gruppenzugehörigkeiten. Daraus resultierende Konflikte gesellschaftlich etablierter Kreise mit den „Hinzukommenden“ werden allerdings nicht thematisiert (vgl. Butzlaff 2017: 180). Sozialer „Aufstieg“ als der „bürgerliche Kern des modernen Versprechens auf Inklusion aller, die guten Willens sind“ (Bude 2014b: 44 ff.), ist somit ein Kernelement der freidemokratischen Rhetorik – und das sozialliberale „Aufstiegsversprechen“ steht wieder stärker im Zentrum des Denkens der Partei.

Auch die rhetorischen Bemühungen, sich dem Klientelismusverdacht zu entziehen, entstammen dieser Lesart. So fasste die FDP 2017 etwa Beschlüsse zum Nachteil der als prototypische FDP-Klientel geltenden klassischen Apotheker zugunsten des modernen Konzepts von Versandapotheken. Hinzu kamen Positionierungen gegen einige aufgrund ihrer Steuerfluchtpraxis in der Kritik stehende internationale Großkonzerne. Zudem versuchte die einstige „ewige Regierungspartei“ in ihren Jahren der Opposition, sich außerhalb des Parlaments als seriöse Alternative zum politischen Establishment zu gerieren (von Lucke 2017b: 7), was ihr insbesondere auf dem Feld der asylopolitischen Kritik gelang.

Zugleich orientiert sich die FDP an gesellschaftlichen Trends in für sie wichtigen Wählergruppen. Mit der Aufstiegs- und Chancenrhetorik richtete sie sich an die optimistisch in die Zukunft blickenden Milieus der „Performer“ und der jüngeren „Expeditiven“: Der Begriff der „smarten“ Oppositionsarbeit etwa knüpft rhetorisch an die Lebenswelt der „Performer“ an, womit man sich klar auf Seiten der Modernisierungs- und Globalisierungsbefürworter positioniert. Neben der hohen Bereitschaft zu Flexibilisierung und Internationalisierung in jüngeren liberal-urban eingestellten Milieus ist in der „bürgerlichen Mitte“ jedoch auch eine „Angst vor dem Abrutschen und Wegbrechen“ (Bude 2014b: 47) präsent. Der Soziologe Heinz Bude verdichtet die zunehmenden Ängste in der Mittelschicht im Begriff „prekärer Privilegiertheit“ (Bude 2014a: 68). Lindners FDP verspricht als Reaktion auf diese Sorgen Selbstverwirklichung und „Lebenslaufhoheit“ (Lindner 2013a) – und entspricht damit erneut dem klassischen individualistischen Leitbild. Zwar ist dieser Bezug zum Motiv „Lebensgefühl“ eines Liberalen sehr diffus, bildet aber eine breite Integrationsklammer für verschiedene Wählermilieus.

4.2 Personalisierung

Christian Lindner war in den vergangenen Jahren, wenn es um die FDP ging, omnipräsent. Für den Bundestagswahlkampf 2017, aber auch für Talkshowauftritte und Interviews galt: Wenn die FDP sprach, sprach Lindner. Dies bedeutete jedoch eine ungemeine Integrationsanstrengung durch eine einzelne Person, musste er doch die verschiedenen Milieus – das Wirtschaftsbürgertum, Sozialstaatskritiker, bildungsbürgerliche Honoratioren, mobile Jungurbane – in die Partei einbinden. Die hierfür notwendige Verkörperung verschiedener „Bürgerseelen“ (Harpprecht 2010: 42) ist traditionell eine Kernaufgabe der FDP-Vorsitzenden. Dabei bespielt Lindner virtuos die Klaviatur vom Kleinbürgertum, das sich den „Traum vom Eigenheim“ (Göbel/Steltzner 2017) leisten wolle, bis hin zum Bildungsbürgertum, wenn er in Reden Bezüge zu Hegel herstellt (o. V. 2017). Die jungen Urbanen spricht er, stets in moderne Anzüge gekleidet, etwa über *Facebook*-Livechats aus der Limousine von der Autobahn aus an. Hinzu kommt eine medial inszenierte Nahbarkeit, indem der Parteivorsitzende viele Kommentare in den sozialen Medien selbst beantwortet (Winterbauer 2017). Und auch Teile der alten FDP-Klientel, die sich bereits von Westerwelles scharfer Rhetorik begeistern ließen, erreicht Lindner zuverlässig, wenn er etwa Diesel-Fahrverbote als „kalte Enteignung“ (o. V. 2018) angreift. In alldem verbinden sich „alte“ und „neue“ FDP, um zum einen jene staatskritischen Wähler bei der Partei zu halten, die stets zum Stammwählerpotenzial gehörten, und zum anderen gleichzeitig die Wählerschaft zu erweitern. Der Grat zum rechtslastigen „Entrüstungsliberalismus“ (Walter 2012: 108) ist dabei mitunter schmal. Lindner gelang es jedenfalls, seine eigene Person mit spezifischen, für die Partei wichtigen Themen zu verbinden. In seiner „Wutrede“ im Landtag von NRW positionierte er sich selbst als gescheiterter Unternehmer sowie als Repräsentant einer „Kultur der zweiten Chance“, wodurch er das gründungskulturelle Thema Start-up glaubhaft vertreten konnte. Ein Werbespot, der ihn im Unterhemd auf dem Sofa mit Smartphone in der Hand zeigt, symbolisiert die kulturelle Nähe zur digitalen Boheme, verkörpert die dort kultivierte Entgrenzung und Vermischung von Arbeitswelt und Privatsphäre sowie vermittelt durch filmisch eingefangene Bewegungen doch Mobilität. Ebendieses Image bot der Partei auf inhaltlicher Ebene die Möglichkeit, das Bild einer insgesamt erneuerten Partei zu repräsentieren.

Auf den Wahlplakaten der Bundestagswahl 2017 war Lindner als Spitzenkandidat zu sehen. Diese personale Fixierung allein stellt zwar noch keinen Unterschied zu vergangenen Wahlkampagnen oder zu anderen Parteien dar. Jedoch war die Schwarz-Weiß-Darstellung seiner Person ein Novum; durch die abgebildeten Bewegungspositionen wirkte Lindner viel dynamischer als andere Personen in vergangenen Kampagnen. So verbindet sich hier die durch das Schwarz-Weiße vermittelte Seriosität und Nachdenklichkeit mit der dynamischen Bewegung. Gleichzeitig bediente Lindner mit seinem eruptiven Verhalten in den Jamaika-Verhandlungen

ebenjenes moderne Jungbürgertum, welches die langwierige Kompromisslastigkeit von Politik ohnehin bemängelt (vgl. Walter 2008: 150f.). Der Lindner von seinen Kritikern oftmals entgegengebrachte Vorwurf, bloß eine „Projektionsfläche“ (Papke 2017: 11) zu sein, ist aus der Perspektive der Wählerintegration notwendig. Die Verzahnung von programmatischem, kommunikativem und personellem Profil (Jun 2004: 341) ist der FDP daher in der Phase der außerparlamentarischen Opposition durchaus galant gelungen. Jedoch findet diese Integration nicht über verschiedene Personen, etwa eine integrierende Doppelspitze, statt. Vielmehr ist die Verbindung unterschiedlicher kultureller Codes in der Figur Lindners die Voraussetzung dieser notwendigen Integration. Obwohl die FDP-Wähler zumeist eher aus programmatischen als aus personellen Gründen die Partei wählen, erwies sich die Person Lindner als ein gewichtiger Faktor bei der Bundestagswahl 2017: Immerhin gaben 42 Prozent der Anhänger der Partei an, ohne Lindner die Partei nicht wählen zu wollen (Heinrich 2017a: 43).

Auch unter den „Top Ten“ der Talkshowgäste findet sich als Vertreter der FDP bis 2016 einzig Christian Lindner. Im Jahr 2017 gesellen sich Wolfgang Kubicki und besonders für außenpolitische Fragen Alexander Graf Lambsdorff dazu (vgl. Schröder 2015; 2016; 2017). Die *Süddeutsche Zeitung* nannte Lindner bereits 2015 eine „Ein-Mann-Kapelle“ (Esslinger 2015). In der gesamten Außenwahrnehmung der Partei ist daneben ebenfalls Kubicki präsent; er bildet aus einer Generationen- und Milieuperspektive für die Wählerintegration ein Gegenstück zu Lindner: Zwar spricht er ältere Generationen an, gehört jedoch nicht zur gesellschaftspolitisch konservativeren Strömung innerhalb der FDP, sondern ist auch für soziallibertäre Themen offen. Der bisherige Gegensatz zwischen dem Typus des wirtschaftsliberal sowie gesellschaftspolitisch konservativ geprägten älteren Mittelständlers, repräsentiert zum Beispiel durch Rainer Brüderle, und dem Typus des auch für soziale und Bildungsthemen offenen Jüngeren, vertreten etwa durch Philipp Rösler, wird somit in den Figuren Kubicki und Lindner quer gebrochen. Besonders Kubickis Betonung seiner Unabhängigkeit als Politiker aufgrund seiner rechtsanwaltlichen Tätigkeit steht sinnbildlich für den liberalen Individualisten, der sich gegen den abhängigen Staatsbediensteten und den Politiker ohne „gelernten Beruf“ stellt.

Damit ist das öffentliche Bild der FDP weiterhin stark männlich geprägt, obwohl die Partei mit Nicola Beer eine weibliche Generalsekretärin hat und Katja Suding sowie Marie-Agnes Strack-Zimmermann Ämter als stellvertretende Bundesvorsitzende bekleiden. Zudem fällt bei der Analyse der personellen Ebene auf, dass bei den Landtagswahlen die Generation der 40-Jährigen stark aufgestellt war, unter denen sich auch einige Spitzenkandidatinnen befanden.⁵ Gemeinsam ist vielen von ihnen, dass sie aus der Gruppe der Selbstständigen rekrutiert

⁵ Hierzu gehören die Spitzenkandidaten der Länder Bremen: Lencke Steiner (1985), Hamburg: Katja Suding (1975), Sachsen-Anhalt: Frank Sitta (1978), Berlin: Sebastian Czaja (1983), Saarland: Oliver Luksic (1979), Mecklenburg-Vorpommern: Cécile Bonnet-Weidhofer (1982) und Bayern: Martin Hagen (1981).

wurden und in der Regel keine lange Parteikarriere zurückgelegt hatten. Auch bei den aussichtsreichen Listenplätzen für die Bundestagswahl 2017 bemühte sich die FDP um jüngeres Personal (Höhne/Hellmann 2017: 40 f.), das in der breiten Öffentlichkeit bisher allerdings kaum wahrgenommen wurde.

Im Parteienwettbewerb wird Lindner von der Partei auf mehreren Ebenen als Gegentypus zu Merkel und ihrer Union stilisiert. Das Gelegenheitsfenster hierfür öffnete sich in der „Flüchtlingskrise“ 2015, in der Merkels ungewohnt forsches Agieren Entfremdung im bürgerlichen Lager hervorrief – FAZ-Herausgeber Bertold Kohler bezeichnete die Kanzlerin plötzlich als „Das unbekannte Wesen“ (Kohler 2015). So vertauschten sich die Rollen der Protagonisten beider Parteien: Die oft als zögerlich wahrgenommene Kanzlerin agierte eruptiv; Lindner, der für gewöhnlich schlagfertig und aktionsschnell handelt, mahnte Merkel, das von ihr angerichtete „Chaos“ zu beenden, und verkörperte die stabilisierende Position.

Grundsätzlich aber gab sich die FDP unter Lindner gegenüber Merkels zauderndem, lange Zeit der eigenen Klientel erfolgreich „Stabilität“ versprechenden Politikstil als Partei der Veränderung und Modernisierung. Auch im Bundestagswahlkampf 2017 dominierte bei Merkel und ihren Christdemokraten das Image der Erstarrung, weil die Union versuchte, von ihrem gesellschafts- und flüchtlingspolitischen Kurs enttäuschte Bürgerliche zurückzugewinnen (vgl. Mielke 2017: 250), und so warf die FDP der Union Profillosigkeit und mangelnde Zukunftsorientierung vor. Gleichzeitig kritisierte die AfD Merkel nicht für *zu wenig*, sondern für *zu viel* Veränderung – was zeigt, dass es sich hierbei um ein höchst relatives Image handelt. Dies wurde seitens der FDP mit dem Vorwurf einer zu wenig marktwirtschaftlichen Politik der Union vor allem auf den Feldern der Finanz- und Wirtschaftspolitik unterfüttert. Vor allem aber setzte die FDP auf Abgrenzung auf der personellen Ebene: Merkel und Lindner repräsentieren jeweils eine andere Generation, einen anderen Politikstil, der sich entweder harmonisierend oder konfliktorientiert-durchsetzungsstark geriert, wie bei Lindners Rücktritt als Generalsekretär und seinem Gebaren nach dem „Jamaika-Aus“ deutlich wurde. Diese Strategie des größtmöglichen Gegensatzes gilt ebenso für die Stilisierung Lindners als lebensweltlichen Gegensatz zu den linkeren Trittin-Grünen (vgl. Walter 2010a: 42 ff.), was jedoch ein gemäßigt wirkender Vorsitzender wie Habeck in der Öko-Partei ändern könnte. Die primäre Orientierung an der „Kontrafolie Merkel“ zum Zweck der eigenen Profilbildung jedenfalls offenbart wieder einmal, dass die FDP, wie so oft in ihrer Historie, ihre Rolle im Parteiensystem weniger allein aus sich selbst heraus findet, sondern dass ihre Funktion vielmehr auch situativ wandelbar und von der Positionierung anderer abhängig ist. Wenn die Merkel-CDU Geschichte ist, bedarf es einer neuen Gewinnerformel. Je lauter die FDP nach dem Ende von Merkels Kanzlerschaft ruft, desto mehr muss sie sich wünschen, dass es vorerst nicht eintritt.

5 Fazit

5.1 Ergebnisse

Die FDP erschien nach der Bundestagswahl 2013 völlig derangiert. 64 Prozent der Bevölkerung stimmten damals in Umfragen der Aussage zu, dass die FDP schlicht nicht mehr gebraucht werde (Institut für Demoskopie Allensbach 2013). Die Partei hatte sich in der öffentlichen Wahrnehmung in den Jahren der schwarz-gelben Koalition programmatisch auf Steuerthemen verengt und litt an fehlender Glaubwürdigkeit, weil sie ihre Versprechen nicht umgesetzt hatte. Zudem wurden ihr verschiedene Negativattribute zugeschrieben, die sich überdies teilweise widersprachen, was eine konsistente Neuausrichtung zusätzlich erschwerte. So stand etwa der Vorwurf, eine „Klientelpartei“ zu sein, dem der „inhaltlichen Beliebigkeit“ gegenüber. Des Weiteren musste sich die FDP nach dem Abgang einer Reihe prominenter liberaler Politiker personell neu aufstellen. Infolge des Ausscheidens aus dem Bundestag plagten sie darüber hinaus finanzielle und strukturelle Probleme.

Die FDP stand damit vor der Herausforderung, im politischen Wettbewerb Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln und politische Gelegenheitsfenster zur öffentlichen Profilierung zu nutzen. Ebenfalls kaum erleichternd wirken auf einen von Parteien angestrebten Wandel zudem die für Großorganisationen typischen strukturellen Beharrungskräfte sowie die gegensätzlichen Erwartungen bestimmter Wählerklientelen. Die FDP musste in ihrer Krise somit den Balanceakt bewältigen, alte Wählergruppen mit höherer Parteienbindung zu halten beziehungsweise abermals zu erreichen und zugleich neue Wählergruppen zu gewinnen.

Während die Führung permanent die Ablehnung eines „Bindestrich-Liberalismus“ proklamierte, erschwerten die Auflösung historischer Wählermilieus und verschiedene Ideenstränge des Liberalismus eine erfolgreiche Positionierung der Partei. Die FDP war damit abhängig von den Debatten im politischen Wettbewerb, von diffusen Stimmungen und von der Positionierung der anderen Parteien. Somit ging es immer auch um eine relationale Positionierung – bereits der ehemalige Vordenker der FDP, Karl-Hermann Flach, hatte den Liberalismus als „politische Relativitätstheorie“ beschrieben (Flach 1978: 141). Diese Art der Eigenverortung jedoch stand in einem Spannungsverhältnis zu dem dann erodierenden inhaltlichen „Markenkern“ einer Partei und der Notwendigkeit, über unverwechselbare Charakteristika als selbstständiger Politakteur wahrgenommen zu werden.

Bei der Bundestagswahl 2017 hatte die FDP ihre Beliebtheitswerte aus Sicht der Wählerschaft deutlich steigern können (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 23). Dies gelang, weil die

FDP ihre Organisation zu straffen und zu zentralisieren vermochte, wobei sich insbesondere die Außendarstellung der Partei nahezu ausschließlich auf die Person Lindner fokussierte. Lindner vereinte sein für Erneuerung stehendes junges Alter mit seiner langen Partei- und Parlaments- erfahrung, genoss mediale Vorschusslorbeeren und profitierte als NRWler von der personellen und strukturellen Schwäche der anderen Landesverbände. Zudem kam ihm die traditionell labile Parteiorganisation der Liberalen entgegen, die aufgrund fehlender struktureller Widerstände eine zentralisierte Führung einfacher durchsetzbar machte. Mit Hilfe des innerparteilichen „Leitbildprozesses“ ließ sich darüber hinaus die Basis integrieren.

Auf inhaltlicher Ebene vollzog die Partei einen langsamen Wandel. Zunächst konnte die nach der Bundestagswahl 2013 eher defensiv auftretende FDP kein Gelegenheitsfenster finden, um etwaige Alleinstellungsmerkmale zu betonen. Ab 2015 erweiterte sie ihre programmatische Schwerpunktsetzung vor allem um die Themen Bildung, Gründerkultur und Digitalisierung. Dies wurde von wirtschafts- und sozialpolitischer Kritik an der Großen Koalition sowie der Forderung nach einer restriktiveren EU-Finanzpolitik flankiert, womit die FDP die von der Union hinterlassene Angebotslücke im Bereich wirtschaftsliberaler Positionen effektiv nutzte. Im Herbst 2015 durch die „Flüchtlingskrise“ veränderten deutschen Parteiensystem versuchte sie, den bürgerlichen Protest gegen die Asylpolitik der Bundesregierung aufzugreifen, und konnte sich mit einer inhaltlichen Positionierung als Stabilitätsmahnerin profilieren, wodurch es ihr gelang, eine politische Leerstelle zwischen Union und AfD zu besetzen. Zugleich verband sie auf der gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus (vgl. Merkel 2017) ihre Forderungen nach einer restriktiveren Flüchtlingspolitik mit einer proeuropäischen Haltung, was bei lebensstilistischen Kosmopoliten, aber auch um die innere Sicherheit besorgten bürgerlichen Wählern gut ankam. So verknüpfte die FDP während ihrer außerparlamentarischen Zeit eine marktfreundliche Haltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit gesellschaftsliberalen Ansichten und erreichte mit dieser Kombination ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien.

Die FDP vollzog somit eine inhaltliche Verbreiterung und Modernisierung von Themen und besann sich gleichzeitig auf altbekannte sozioökonomische Sujets. Sie erkannte im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ ein Gelegenheitsfenster, konnte freigewordene Positionen im Parteienwettbewerb besetzen und von dort aus Wähler ansprechen, die mit der Haltung der übrigen Parteien unzufrieden waren. Zugleich profitierte die Partei von günstigen Rahmenfaktoren: Im politischen Wettbewerb kamen ihr der Wegfall der Piraten und der Rechtsdrift der AfD (vgl. Hensel et al. 2017) entgegen. Hinzu gesellte sich die Ernüchterung über Merkels lange Amtszeit, verbunden mit einem bereits länger währenden Trend der nachlassenden Integrationskraft der Volksparteien (vgl. Walter 2008: 205). Nicht zuletzt bot auch der Wahlkalender mit den Abstim-

mungen in für die FDP starken Landesverbänden wie Baden-Württemberg und vor allem Nordrhein-Westfalen oder bei Wahlen mit überregional bekannten Spitzenkandidaten wie Kubicki in Schleswig-Holstein eine gute Ausgangsbasis.

Kommunikativ betonte die FDP in ihren Wahlkampagnen vor allem das Bild der „Erneuerung“. Dabei forcierte sie die Narrative der Zukunfts- und Fortschrittsorientierung. Rhetorisch stellte sie auch die Motive des „Aufstiegs“ und eines positiveren Bildes vom Staat sowie eine emotionalere, individuellere und inklusivere Ansprache in den Mittelpunkt. Mit der optimistischen Haltung gegenüber zukünftigen Entwicklungen, etwa bezüglich Digitalisierungs- und Globalisierungsprozessen, versuchte sie, kommunikativ ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien für sich zu beanspruchen. In der „Flüchtlingskrise“ indes eröffnete sich für die FDP in der bis dahin kaum polarisierten Debattenlandschaft – der Soziologie Heinz Bude bezeichnete die Jahre bis 2015 als Merkels „Regime der ewigen Gegenwart“ (Bude 2015: 33) – eine Lücke, die die von der FDP lancierten Zukunftsdiskurse erst ermöglichte.

Darüber hinaus versuchte die Partei, sich durch den Bezug auf „Traditionen“ ein seriöseres und stabileres Image zu geben. Dabei war die kommunikative Situation für die FDP durchaus ambivalent: Zum einen musste sie diejenigen bei der Partei halten, für die die Steuersenkungsrhetorik aus den Jahren um 2009 abgesehen von ihrer rhetorischen Schärfe inhaltlich kein Manko war. Sie bemängelten lediglich deren fehlende Umsetzung. Da diese Gruppe aber nur ein geringes Stammwählerreservoir darstellte, musste sie zum anderen um Gruppen werben, die einen anderen Auftritt der Partei oder gar erweiterte liberale Inhalte verlangten. Bemerkenswert ist zudem die Inszenierung der Person Lindner, der im Rahmen eines vier Jahre währenden Dauerwahlkampfes als kaleidoskopische Integrationsfigur für verschiedene Wählermilieus wirkte. Angesprochen wurden jungurbane Bürgerliche, die Start-up-Szene, der Mittelstand, Bildungsbürger und Wohlfahrtsstaatkritiker. Somit stellt die kommunikative Seite diejenige der größten Erneuerung der „Lindner-FDP“ dar. Dies wird auch daran deutlich, dass die bei der Bundestagswahl 2009 zentrale Frage der „Steuersenkungen“ zwar nicht wegfiel, wohl aber weniger prominent platziert beziehungsweise als „Balance zwischen Bürger und Staat“ kommunikativ neu gerahmt wurde. Ebenso schuf die Förderung der Start-up-Kultur Anknüpfungspunkte zu klassischen wirtschaftsliberalen Inhalten. So wurden einzelne inhaltliche Angebote kommunikativ derart gerahmt, dass sie auf brückenschlagende Weise verschiedene Milieus ansprechen konnten.

5.2 Potenziale und Probleme

Fragile Führung und schwache Parteistruktur

Trotz ihres elektoralen Comebacks steht die FDP vor einer Reihe von Herausforderungen: Im Vergleich zu anderen Parteien bietet ihre organisatorische Schwäche der Parteiführung zwar die Möglichkeit, flexibel umzusteuern; gleichzeitig muss sie aber innerhalb der „Partei der Individualisten“ (Lindner 2016a) erhebliche Fliehkräfte im Zaum halten. Spätestens mit dem, wenn auch satirisch gemeinten, brandenburgischen Slogan „Keine Sau braucht die FDP“ von 2014 und dem dortigen Wahlergebnis von 1,5 Prozent übte die Krise der Gesamtpartei auch eine disziplinierende Wirkung auf die sich traditionell durch hohen Eigensinn auszeichnenden Liberalen aus. Nachdem die FDP in den vier Jahren außerparlamentarischer Opposition teils aus der Berliner Bundesgeschäftsstelle und teils aus Nordrhein-Westfalen heraus geführt worden war, ist die liberale Bundestagsfraktion gegenwärtig wieder zum organisatorischen und machtpolitischen Zentrum der Partei avanciert. Die in der Außenwahrnehmung auf nur eine Person – Lindner – zugespitzte Führung hat damit nochmals deutlich an Autorität gewonnen. Die formale Führungsstruktur der FDP, in der sich der innerparteiliche Proporz vor allem zwischen den Landesverbänden abbildet, steht somit im Kontrast zu den öffentlich wahrnehmbaren und auch machtpolitisch relevanten Führungsabläufen, wie an der Stärke von NRW und der bisherigen relativen Schwäche anderer Landesverbände in der Bundespartei deutlich wird. Auf diese Weise ist es allerdings gelungen, das Image einer zerstrittenen Führung zu zerschlagen. „Konfliktorientierte Mehrheitsentscheidungen“ (Treibel 2014: 204 ff.), wie sie in den Jahren vor 2013 in der FDP häufig auftraten, waren in den Jahren nach 2013, zumindest nach außen, nicht mehr sichtbar.

Die Integration nach innen war in der Partei, in welcher der Vorsitz schon häufiger in der Geschichte einem eingebauten Schleudersitz geglichen hatte (vgl. Walter 2009: 386 f.), besonders wichtig und gelang durch das disziplinierende Moment der Krise. Auch ist Lindners Position in der Partei derzeit alternativ- und konkurrenzlos. Nach dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner wird öffentlich derzeit allein Wolfgang Kubicki gelegentlich stärker wahrgenommen. Sonstige prägende Figuren höheren Alters sind nicht in Sicht, Gleichaltrige verfügen über weitaus weniger Erfahrung und Ressourcen. So mangelt es etwa an über die Gremien hinaus sichtbaren Figuren, die eine bürgerlich-konservative Ausrichtung repräsentieren, wie sie innerhalb der eigenen Wählerschaft auch vorhanden ist. Ebenso fehlen reflektierende Köpfe in der äußeren Wahrnehmung der Partei, die auch intellektuellen Input liefern würden. Konstruktiv rivalisierende Machtzentren innerhalb der Partei, die ebenfalls der Wählerintegration dienen, sind nicht vorhanden. Zwar wird Lindner ein großer Anteil am Erfolg der FDP bei der Bundestagswahl 2017 zuerkannt, lange währende Dankbarkeit ist jedoch in der Partei des

Leistungsprinzips keine relevante Kategorie, wie an der Geschichte der Liberalen abzulesen ist (vgl. Walter 2005: 119 ff.). Spätestens wenn sich die defensive Haltung seit dem Jamaika-Aus, inhaltliche Richtungsauseinandersetzungen oder andere fehlende Profilierungsmöglichkeiten in Umfragen negativ bemerkbar machen sollten, drohen Widerspruch und Konflikte – nicht zuletzt, weil die Parlamentarier der FDP jetzt wieder etwas zu verlieren haben. Wenn eine Partei auf eine Person zugeschnitten ist, steht im Erfolgsfall mit dieser alles und fällt mit ihr, wenn das Glück sie verlässt.

Mobilisierungsprobleme in bestimmten Gruppen und inhaltliche Konflikte zwischen Wählermilieus

Auch einige strukturelle Schwächen der FDP bleiben ihr erhalten: Sie ist mit Ausnahme von Berlin in keinem ostdeutschen Landesparlament vertreten, und auch die ostdeutschen Wähleranteile bei der Bundestagswahl 2017 fallen mit durchschnittlich 7,9 Prozent deutlich niedriger aus als in den westlichen Ländern, in denen die Freidemokraten im Durchschnitt 11,5 Prozent erzielten. Die Frauenanteile in der Wähler- und Mitgliedschaft liegen immer noch hinter denen der Männer; auch der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern ist mit 7 Prozent der geringste unter den Bundestagsparteien (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 53). Der Wiederaufstieg der FDP unter Lindner gelang somit vor allem durch die Mobilisierung einer etwas jüngeren, ansonsten aber klassisch freidemokratischen Klientel.

Historisch basierte der Erfolg der FDP immer schon auf der Integration verschiedener, teils hochgradig differenter Wählermilieus (vgl. Vorländer 1987: 27 f.). Dabei produzieren bestimmte Politikfelder unterschiedlich starke Spannungen.⁶ Während die unterschiedlichen Sympathisantengruppen in der Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik noch am ehesten integrierbar sind, erscheint die Verklammerung verschiedener Wählermilieus im soziokulturellen Bereich weitaus schwieriger. Dies wurde etwa in den politischen Debatten über „Cannabislegalisierung“, die „Ehe für alle“ und eine Reform der Zuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Empfangende deutlich. Auch zwischen den Forderungen nach individueller sowie föderaler Autonomie und der Unterordnung unter die Bedingungen der ökonomisierten Lebensverhältnisse werden schwer zu vereinbarende Differenzen sichtbar, wie Diskussionen um ökonomische Flexibilität, die Reichweite des Datenschutzes sowie die Abschaffung des Bildungsföderalismus zeigten. In der Einwanderungspolitik, in der die FDP durch eine restriktive, aber eben nicht fremdenfeindliche Kritik an der Asylpolitik der Regierung Merkel zwischen Union, Grünen und AfD eine Mittelposition einzunehmen versuchte, wurden diese Konfliktlinien ebenfalls sichtbar. Dass die FDP so-

⁶ Ralf Dahrendorf (1983: 36 ff.) spricht hier von einem Gegensatz zwischen einem aktiv-materiellen und einem passiv-formalen Liberalismusverständnis.

wohl von Milieus gewählt wird, die Modernisierung und Globalisierung positiv betrachten, als auch von solchen, die trotz eines relativ hohen sozialen Status latente Zukunftsängste diesen Entwicklungen gegenüber haben, verweist auf ein Kernproblem nicht nur der Liberalen: dass nämlich die Wähler sich quer zu dieser Konfliktlinie in Parteien versammeln.

Daher gewinnen brückenschlagende und milieuverbindende Thematiken an Bedeutung, wie beispielsweise die Bildungspolitik, die sowohl in altbürgerlichen und jungmodernen Milieus als auch für soziale Aufsteiger von Interesse ist. In der Wirtschaftsförderung verbindet sich so die (urbane) Start-up-Szene mit dem (ländlichen) Mittelstand. Der Begriff des „Rechtsstaats“ fungiert als Klammer zwischen einem starken Staat im bürgerlich-konservativen Sinne (von Lucke 2018: 6) und der Gewähr liberal-individueller Bürgerrechte. Die fortwährende Integration dieser Wählermilieus bedarf jedoch eines ständigen Ausgleichs zwischen diesen verschiedenen Perspektiven und bringt für die Profilierung der FDP einige Probleme mit sich.

Profilierungsschwierigkeiten

Eines der größten Probleme der FDP in der Opposition außerhalb des Bundestags war die fehlende mediale Wahrnehmung. Mit nunmehr achtzig Abgeordneten hat sie zwar einen besseren Zugang zu den Medien, gleichwohl hat sich der Kampf um Aufmerksamkeit unter den parlamentarischen Parteien verschärft. Im Gegensatz zu den „Flügelparteien“, der AfD und der Linken (Mielke 2017: 246), tendiert die FDP im Bundestag eher zu ambivalenten und abwägenden Positionierungen. Mag dies durchaus mit der Orientierung an hochgebildeten Wählern des Bürgertums sowie der Integration verschiedener Milieus zu begründen sein, lässt sich die mediale Wahrnehmungsschwelle auf diese Weise schwieriger überschreiten. Hinzu kommt, dass eine Abgrenzung gegenüber anderen politischen Kräften in Form von Negativfolien – etwa gegen die „Methode Merkel“, gegen die grüne „Verbots-Partei“, gegen die Wohlfahrtsstaatsparteien und gegen die AfD als Ganzes – die FDP allzu leicht als „Dagegen-Partei“ erscheinen ließe. Die tradierte Korrektivfunktion, welche die Liberalen in ihrer Geschichte häufig übernahmen (Walter 2014: 10), birgt stets die Gefahr, die eigene narrative positive programmatische Positionierung jenseits wolkiger Wahlkampflogos zu vernachlässigen.

Kommunikatives Merkmal des letzten Bundestagswahlkampfes der FDP war eine Superlativrhetorik. Slogans wie „Weltbeste Bildung für jeden“, „Nichtstun ist Machtmissbrauch“ und „Manchmal muss ein ganzes Land vom 10er springen“ stehen jedoch im Widerspruch zu den Politikerwartungen einer pragmatisch-bürgerlichen Klientel. Zudem können diese Forderungen ebenso leicht Enttäuschungen produzieren, wenn versprochene Maßnahmen in kleinteiliger Parlamentsarbeit in der Opposition nicht eingelöst werden können. Vor allem aber leidet die FDP in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch unter der Defensivposition nach ihrem Aus-

stieg aus den Jamaika-Verhandlungen. Der Abbruch, der als Verhinderung eines „Weiter so“ gerahmt wurde, ermöglichte der FDP zwar, sich als Vollstreckerin einer erlösenden Handlung zu gerieren, was in der eigenen Klientel teils honoriert wurde – FAZ-Redakteur von Altenbockum sprach von einer „Notbremse“ (Altenbockum 2017). Die Begründungsformel „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ (Lindner 2017a) jedoch lässt sämtliche zuvor mühsam inszenierte Flexibilität – entsprechend dem Titel des Bundestagswahlprogramms „Schauen wir nicht länger zu“ – in sich zusammenbrechen. So wird das Nichthandeln jedem Kompromiss vorgezogen und gleichzeitig der sorgsam vermittelte Aufbruchsoptimismus konterkariert. Zusätzlich zu der schwierigen Positionierung als Anhängsel der Union einerseits, was eine Abhängigkeit von der CDU zur Folge hätte, und Offenheit gegenüber beiden politischen Lagern andererseits, die zulasten des programmatischen Kerns ginge, droht nun sogar das Image der Kompromissunfähigkeit.

Unklare zukünftige Positionierung im Parteienwettbewerb

Auch in ihrer zukünftigen programmatischen Entwicklung ist die FDP keineswegs vollkommen flexibel: Ein möglicher Rechtskurs als bürgerliche Protestformation gegen das Establishment (Michal 2017) ist weder gegenüber einem Großteil der Basis noch der neuen FDP-Wähler durchsetzbar. Auch Lindner und das von ihm rekrutierte Führungspersonal stehen einem liberal-konservativen Kurs, wie er etwa vom „Liberalen Aufbruch“ um Frank Schäffler gefordert wurde, ausdrücklich entgegen. Selbst eine situativ orientierte Strategie dieser Art birgt die Gefahr, die FDP zu eng an die Entwicklung der öffentlichen Stimmung zu binden oder in rhetorische Radikalisierungsspiralen abzurutschen. Eine noch stärkere Öffnung der FDP in die sozialliberale Richtung ist allerdings ebenfalls unwahrscheinlich, ist doch die Konkurrenz von Grünen und SPD in diesem Segment des politischen Wettbewerbs zu groß. Einer weiteren sozialliberalen Fundierung steht ebenfalls die Sozialisation großer Teile ihrer Mitglieder und Sympathisanten in der wirtschaftsliberalen Westerwelle-Ära entgegen. Als außerparlamentarische Opposition konnte die FDP im Bundestagswahlkampf, ähnlich wie im Fall Macron, mit systemkonformer Systemkritik kokettieren. Dieses Potenzial hat spätestens mit dem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen zunächst einmal einen Dämpfer erfahren.

Ihrem ehemals prägenden Image als ewige Regierungspartei hat die FDP erst durch ihre außerparlamentarische Opposition wie auch durch den Jamaika-Abbruch merklich getrotzt. Diese Unabhängigkeit hat jedoch ihren Preis. Im auf sieben Parteien angewachsenen Bundestag sind die politischen Lagergrenzen längst im Fluss, womit die Position der FDP als Mehrheitsmacher vollends verloren ist. Die Jamaika-Sondierungen, die ein ideologisch heterogenes Lager versammelten, sind gerade auf Betreiben jener Partei gescheitert, die ihre Unabhängigkeit von

den alten Lagergrenzen Schwarz-Gelb vs. Rot-Grün betont hatte. Ebenso bemerkenswert ist der weiterhin stabile „Anti-Grünen-Reflex“ (Vorländer 2008: 149) der Liberalen, obwohl diese Abneigung einst doch besonders stark an den Konflikt „Generation Westerwelle vs. Generation Fischer und Trittin“ gebunden war (vgl. Pragal 2007: 22). So sind aus Sicht der FDP die Grünen maßgeblich verantwortlich für das Scheitern von „Jamaika“ (vgl. Wehner/Lohse 2017). Perspektivisch jedoch steht die FDP vor dem Problem, dass auch zukünftig Dreierkoalitionen die Regel sein dürften, die Grünen somit notwendiger Partner bleiben, die FDP in „Jamaika“ jedoch im Vergleich zu den Grünen gar nicht erst die „Lagergrenze“ übertreten müsste.

Die im Zuge der „Flüchtlingskrise“ sich polarisierende Debattenlage ermöglichte es der FDP, sich als „Mitte“ zwischen diesen beiden Seiten zu positionieren – auch weil sie an den zentralen asylpolitischen Entscheidungen der Regierung Merkel eben nicht beteiligt war und die Union ihre Rolle als bürgerlich mäßigende Mitte-Partei in diesem Fall aufgegeben hatte. Die Abstiegsbefürchtungen und -ängste auch in der Mitte der Gesellschaft (vgl. Nachtwey 2016), aus denen sich viele der zentralen politischen Konflikte der letzten Jahre erklären lassen und zu denen sich die Union als Volkspartei positionieren musste, berühren die FDP im Vergleich zu anderen Parteien weniger, da sie am stärksten von den sozial abgesicherten Schichten gewählt wurde (Vehrkamp/Wegschaider 2017: 24 f.). Der Union sind durch ihren programmatischen Modernisierungskurs viele Wähler verloren gegangen (Mielke 2017: 251 f.). Im Zuge ihres jüngsten gesellschaftspolitischen Rechtsschwenks unter Beibehaltung eines bestenfalls moderat wirtschaftsliberalen Kurses eröffnen sich der FDP freilich Profilierungslücken. Die Freidemokraten können jedoch andererseits von der inneren Spaltung im Unionslager entlang asyl- und migrationspolitischen Fragen nicht mehr profitieren, da dieser unionsinterne Streit vorerst beigelegt scheint. Allerdings wäre auch eine gewandelte Post-Merkel-Union keine Erfolgsgarantin für die Freidemokraten: Eine in gesellschaftspolitischen Fragen viel stärker konservativ auftretende Union ließe progressive und bürgerrechtsliberale Vorstellungen, wie sie mit einer Merkel-CDU und den Grünen möglich wären, illusorisch werden. Eine soziokulturell konservative Profilierungssphalanx aus Seehofer und Spahn hat außerdem in den Grünen, der Linken und der SPD bereits einen effektiven Widerpart, bietet also der FDP keinen großen Profilierungsspielraum. Zugleich müsste eine wirtschafts- und sozialpolitisch liberaler auftretende Union dennoch Arbeitnehmerflügel und die wohlfahrtsstaatlichen Strömungen berücksichtigen und wäre damit für die FDP keine einfache Partnerin. Es bliebe der FDP die Funktion eines Korrektivs zur Union in wirtschaftspolitischen Fragen: Dass jedoch mit der Union liberale Reformen nicht einfach möglich wären, haben die Freidemokraten bereits ab 2009 in der schwarz-gelben Bundesregierung erfahren. Und dennoch: Wenn die Freien Demokraten irgendwann einmal regieren wollen, wäre die Union nach wie vor der Partner mit den größten inhaltlichen Schnittmengen. Bisher hatten Große Koalitionen mit ihrer lähmenden Aura im politischen Wettbewerb eine Revitalisierung

der kleineren Parteien zur Folge. Da sich die Regierungsparteien diesmal bereits zu Beginn ihrer Amtszeit personell erneuert haben, könnte dies eine Dynamik zugunsten der Koalitionspartner bewirken, von der die kleineren Parteien nicht profitieren würden.

5.3 Ausblick

Nach ihrem politischen Comeback im September 2017 steht die FDP somit vor einer Reihe von Herausforderungen, deren Bewältigung für die zukünftige Entwicklung der Partei zentral ist:

- Die politische Führung der FDP ist gegenwärtig faktisch und besonders in der Außenwahrnehmung auf die Bundestagsfraktion, und dabei gerade auf eine kleine Gruppe von Personen um den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner herum reduziert. Nach dem Wegfall des einigenden Drucks der Krise benötigt die FDP nun weitere, auch öffentlich wahrnehmbare Personen, um die Partei und die Wählerintegrationskraft dauerhaft zu stabilisieren und potenziellen inneren Fliehkräften zu begegnen.
- Der Wiederaufstieg der FDP basiert auf der Mobilisierung zwar jüngerer, aber sonst ehemaliger zu ihrer Kernwählerschaft gehörender Gruppen. Will die Partei sich elektoral dauerhaft stabilisieren, muss sie ihre Wählerbasis verbreitern und verstärkt Frauen, ostdeutsche und sozial schwächere Wähler ansprechen. Dazu bedarf es der umfassenden Fundierung eines liberalen „Aufstiegsversprechens“.
- In der FDP-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 bildete die Gruppe der Modernisierungsgegner mit 41 Prozent gegenüber den Befürwortern dieser Trends trotz modernitätsorientierter Wahlkampagne einen großen Block. Für eine erfolgversprechende Wählerintegration bedarf es eines Balanceakts zwischen beiden Gruppen. Da ein Changieren in gesellschaftspolitischen Fragen für die FDP dauerhaft gefährlich erscheint, wird sich die Partei auf wirtschaftsliberale Positionen im sozioökonomischen Feld konzentrieren müssen, wo die Gemeinsamkeiten ihrer Wählergruppen am größten sind. Dies jedoch würde das Profil der Partei wieder verengen.
- Der Abbruch der Jamaika-Verhandlungen hängt der FDP bis auf Weiteres nach, widerspricht der Rückzug in die Rolle einer kleineren Oppositionspartei doch den zentralen Wahlkampfversprechen der „Lindner-FDP“ als Garantin von Mobilität und Zukunftsorientierung. Das neue Image der FDP ist damit an dieser Stelle beschädigt.

- Als relativ kleine Oppositionsfraktion im 7-Parteien-Parlament ist der Kampf um Aufmerksamkeit für die FDP komplex. Sie muss den vom Wahlkampf durch ihre Maximalrhetorik geweckten Ansprüchen gerecht werden, ohne sich in parlamentarischer Detailarbeit zu verlieren oder in populistische oder altbekannte Muster der „Spaßpartei“ zurückzufallen. Umso mehr wird die FDP auf situative Profilierungsmöglichkeiten setzen müssen.
- Auf programmatischer Ebene herrscht ein Antagonismus zwischen breiter, aber diffuser Ausrichtung einerseits und dem Image der Klientelpartei andererseits. Und nicht zuletzt gilt diese Unvereinbarkeit für den Umgang mit Macht: Ein Bürgertum, das „Verantwortung übernehmen“ will, benötigt Machtoptionen, setzt sich damit aber dem Stigma der Machtversessenheit aus.
- Die Partei hat bei ihren programmatischen Entwicklungsmöglichkeiten einen engen Handlungsspielraum. Der politische Kurs der vergangenen Jahre, das gegenwärtige Führungspersonal und viele der neu mobilisierten Wähler erschweren eine Entwicklung nach rechts, jedoch ebenso die Sozialisation eines Großteils der Mitglieder in den sozialliberalen Bereich.
- Ihre Positionierung in Relation zu anderen Parteien und ihre Profilierung innerhalb von Koalitionen wird dadurch erschwert, dass sie auch weiterhin auf Dreierkoalitionen angewiesen sein wird. Sie muss, gemeinsam mit den Grünen als Scharnierpartei zwischen den möglichen Koalitionspartnern, daher mehr Flexibilität zeigen. Im Parteienwettbewerb steht die FDP jedoch traditionell einerseits in einer Spannung zwischen der Unabhängigkeit von möglichen Regierungspartnern und dem daraus folgenden Vorwurf der Beliebigkeit; andererseits möchte die FDP der Zuordnung zu einem Lager entgehen, um nicht erneut als „Anhängsel“ einer anderen Partei zu gelten.

Diese genannten Faktoren – die flexible, aber fragile innere Struktur, das permanente Changieren zwischen den eigenen Strömungen und ihren Bedürfnissen und Forderungen sowie die Notwendigkeit, unterschiedliche Formen der Wähleransprache zu beherrschen und gleichzeitig in der Kommunikation allzu kurzfristigen, aber verlockenden Versuchungen zu widerstehen – boten der Partei historisch schon immer die Grundlage für die größten Höhenflüge, aber auch für die tiefsten Abstürze.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Afhüppe, Sven/Sigmund, Thomas (2017): Das Zerwürfnis, in: Handelsblatt, 30.11.2017.
- Altenbockum, Jasper von (2017): Die Notbremse der Liberalen, in: faz.net, 20.11.2017: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/jamaika-koalition-die-notbremse-der-fdp-15301117.html> [eingesehen am 4.4.2018].
- Assmann, Franziska (2016): Die Ergebnisse der großen Mitgliederumfrage, in: fdppplus, H. 4, S. 12 f.
- Bangel, Christian (2015): „Frau Merkel hat Chaos gestiftet“, in: Die Zeit, 13.11.2015.
- Blome, Nikolaus (2015): „Vor nichts mehr Angst“, in: Der Spiegel, 5.1.2015.
- Bollmann, Ralph (2014): Kein Markt für die Marktpartei, in: FAS, 6.9.2014.
- Bollmann, Ralph/Kloepfer, Inge (2015): „Wir wollen die Menschen nicht einzäunen“, in: FAZ, 6.2.2015.
- Brost, Marc/Theile, Merlind (2013): „Ich will kein Mitleid“, in: Die Zeit, 17.10.2013.
- Bude, Heinz (2015): „Es geht uns beängstigend gut“, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 4, S. 29-36.
- Bude, Heinz (2014a): Gesellschaft der Angst, Hamburg.
- Bude, Heinz (2014b): Das Unbehagen in der bürgerlichen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 49, S. 44-48.
- Buschmann, Marco (2014): Erste Ergebnisse der Mitgliederumfrage, in: elde, H. 2, S. 15.
- Butzlaff, Felix (2017): Die FDP: Von der honorigen Bürgerpartei zur Partei der Besserverdiener, in: Wiesendahl, Elmar (Hg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden, S. 169-190.
- Butzlaff, Felix/Freckmann, Michael (2017): Die FDP als Protestpartei light, in: Bleckmann, Julia et al.: Die neue Unordnung. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2016, Stuttgart, S. 69-72.
- Dahrendorf, Ralf (1983): Die Chancen der Krise, Stuttgart.
- Decker, Frank/Best, Volker (2016): Wiederaufstieg oder endgültiger Abstieg?, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, H. 1, S. 43-52.
- Detjen, Stefan (2017): Nach Jamaika-Sondierungen – Lindners FDP setzt auf disruptive Politik, in: Deutschland-radio Kultur, 25.11.2017.
- Dorfs, Joachim/Müller, Andreas (2016): „Die FDP ist die Alternative für Demokraten“, in: Stuttgarter Zeitung, 17.2.2016, online: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-hans-ulrich-ruelke-fdp-ist-alternative-fuer-demokraten.oda552co-5397-49f3-9e66-75125b95334f.html> [eingesehen am 1.4.2018].
- Dürr, Tobias (2005): Bewegung und Beharrung: Deutschlands künftiges Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 32-33, S. 31-38.
- Esslinger, Detlef (2015): Im Gespräch mit der Ein-Mann-Kapelle der FDP, in: sueddeutsche.de, 24.3.2015: <http://www.sueddeutsche.de/politik/christian-lindner-im-gespraech-mit-der-ein-mann-kapelle-der-fdp-1.2407577> [eingesehen am 31.8.2017].
- Eyermann, Bernd/Schmidt, Sandro/Matthiesen, Helge (2015): „Die AfD will, dass Menschen Angst haben“, in: General-Anzeiger, 23.10.2015.

- FDP (2017a): Denken wir neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu“, Berlin.
- FDP (2017b): Selbstständig und mutig, Beschluss des Präsidiums der FDP vom 25.6.2017, Berlin.
- FDP (2016a): Chancen der digitalen Gesellschaft, Leitantrag, Bundesparteitag, Berlin.
- FDP (2016b): Beschluss des Bundesvorstandes der FDP: Positionspapier zum britischen EU-Referendum, 1.2.2016, Berlin.
- FDP (2014): Die Zukunftsstrategie der Freien Demokraten, Berlin.
- FDP (2013a): Rechenschaftsbericht zum 31.12.2013 der Freien Demokratischen Partei, Berlin.
- FDP (2013b): Beschluss des a. o. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 7. bis 8. Dezember 2013, Geheimdienst-Affäre aufklären – Überwachung begrenzen, Berlin.
- Flach, Karl-Hermann (1978): Kleiner liberaler Katechismus, in: Jüling, Peter: Was heißt heute liberal?, Gerlingen, S. 141-148.
- Flach, Karl-Hermann/Maihofer, Werner/Scheel, Walter (1972): Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek.
- Forschungsgruppe Wahlen (2017): Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, Mannheim.
- Gathmann, Florian (2013): Partei der Intriganten, in: Spiegel Online, 3.1.2013: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteichef-roesler-vor-dem-fdp-dreikoenigstreffen-mit-unsicherer-zukunft-a-875591.html> [eingesehen am 3.4.2018].
- Geis, Matthias/Theile, Merlind/Wefing, Heinrich: Nicht alles gelb, was glänzt, in: Die Zeit, 10.3.2016.
- Genscher, Hans-Dietrich/Lindner, Christian (2013): Brückenschläge, Hamburg 2013.
- Göbel, Heike/Steltzner, Holger (2017): „Mit Herrn Macron wird es ungemütlich“, in: FAZ, 10.5.2017.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics, H. 6, S. 259-287.
- Harpprecht, Klaus (2010): Ist die FDP noch eine Bürgerpartei?, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 4, S. 41-43.
- Haupt, Friederike (2017): FDP träumt sich in die Zukunft, in: faz.net: 10.7.2017: <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/fdp-verordnet-deutschland-ein-update-15097540.html> [eingesehen am 30.4.2018].
- Heinrich, Roberto (2017a): Wahlreport Bundestagswahl: Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, hg. von Infratest Dimap, Berlin.
- Heinrich, Roberto (2017b): Wahlreport Landtagswahl: Eine Analyse der Wahl vom 14. Mai 2017, hg. von Infratest Dimap, Berlin.
- Hensel, Alexander/Finkbeiner, Florian/Dudek, Philip/Förster, Julika/Freckmann, Michael/Höhlich, Pauline (2017): Die AfD vor der Bundestagswahl 2017: Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, OBS-Arbeitsheft Nr. 91, Frankfurt am Main.
- Herzinger, Richard (2013): Was ist eigentlich noch liberal?, in: Die Welt, 8.10.2013.
- Hilmer, Richard (2013): Wahlreport Bundestagswahl: Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, hg. von Infratest Dimap, Berlin.

- Hoffmann, Christiane (2014): Nicht einmal Wut, in: Der Spiegel, 8.9.2014.
- Höhne, Benjamin/Hellmann, Daniel (2017): Die Freien Demokraten. Parteienmonitor, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, Berlin.
- Holst, Norbert (2015): FDP-Nachwuchs: Nicht nur auf Wirtschaftspolitik beschränken, in: wesen-kurier.de, 14.9.2015: http://www.wesen-kurier.de/startseite_artikel,-FDP-Nachwuchs-Nicht-nur-auf-Wirtschaftspolitik-beschaerlen-_arid,1207827.html [eingesehen am 31.8.2017].
- Infratest Dimap (2017): ARD DeutschlandTrend extra, November 2017.
- Infratest Dimap (2016): ARD-Deutschlandtrend, Februar 2016.
- Infratest Dimap (2014): ARD Deutschlandtrend, Dezember 2014.
- Infratest Dimap Wahlanalysen (o. J.), online: <https://www.wahl.tagesschau.de> [eingesehen am 1.4.2018].
- Institut für Demoskopie Allensbach (2015): Renaissance der FDP? Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 191 vom 19. August 2015, online: https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_August.pdf [eingesehen am 5.4.2018].
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Politischer Liberalismus ohne Zukunft? Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 246 vom 23. Oktober 2013, online: https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/Oktober_Liberalismus.pdf [eingesehen am 5.4.2018].
- Jun, Uwe (2016): Politische Parteien in den Medien, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, H. 1, S. 31-40.
- Jun, Uwe (2015): Medialisierung von politischen Parteien – strategische Notwendigkeiten und ihre Wirkungen, in: Jäckel, Michael/Jun, Uwe (Hg.): Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation, Opladen, S. 17-44.
- Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie: SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004.
- Jungholt, Thorsten (2017): Deshalb stieg die FDP bei Jamaika aus, in: Die Welt, 21.11.2017.
- Jungholt, Thorsten (2015): „Das ist der Weg des Euro in Richtung Lira“, in: Die Welt, 15.7.2015.
- Jungholt, Thorsten (2012): Kubicki gelingt die Trendwende für die FDP, in: Berliner Morgenpost, 6.5.2012: <https://www.morgenpost.de/politik/article106265609/Kubicki-gelingt-die-Trendwende-fuer-die-FDP.html> [eingesehen am 31.8.2017].
- Kohler, Bertold (2015): Kennen wir sie?, in: FAZ, 22.11.2015.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2015): Schön, dass Sie sich zu Gelb bekennen. Christian Lindner auf dem Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2015, 19.6.2015, Berlin.
- Korte, Karl-Rudolf (2017): Würselen ist überall, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 4, S. 56-60.
- Koselleck, Reinhart (2004): Fortschritt, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, E-G, Stuttgart, S. 351-423.
- Leicht, Robert (2013): 30 Jahre Niedergang, in: Die Zeit, 40/2013.
- Leicht, Robert (1978): In der Bewährung, in: SZ, 5./6.1.1978.

- Lindner, Christian (2017a): „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren“, in: SZ.net, 20.11.2017: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fdp-chef-lindner-im-wortlaut-es-ist-besser-nicht-zu-regieren-als-falsch-zu-regieren-1.3757035> [eingesehen am 1.4.2018].
- Lindner, Christian (2017b): Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor am 29. Mai 2017, Berlin.
- Lindner, Christian (2017c): Rechenschaftsbericht von Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, auf dem 68. Ord. Bundesparteitag am 28. April 2017 in Berlin, Berlin.
- Lindner, Christian (2017d): Rede von Christian Lindner MdL, Bundesvorsitzender der FDP, zu Dreikönig 2017: „Bereit für 2017“, Stuttgart.
- Lindner, Christian (2016a): Rechenschaftsbericht von Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, auf dem 67. Ord. Bundesparteitag am 23. April 2016 in Berlin, Berlin.
- Lindner, Christian (2016b): Rede von Christian Lindner MdL, Bundesvorsitzender der FDP, zu Dreikönig 2016: „Das Jahr der großen Chancen“, Stuttgart.
- Lindner, Christian (2015a): Rede von Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, auf dem 66. Ord. Bundesparteitag am 16. Mai 2015 in Berlin, Berlin.
- Lindner, Christian (2015b): Rede Christian Lindner MdL, Bundesvorsitzender der FDP, bei der Dreikönigkundgebung am 6. Januar 2015 in Stuttgart, Stuttgart.
- Lindner, Christian (2014): Rede von Christian Lindner MdL, Bundesvorsitzender der FDP, anlässlich des Dreikönigstreffens der FDP am 6. Januar 2014, Stuttgart.
- Lindner, Christian (2013a): Grundsatzrede von Christian Lindner MdL, Bundesvorsitzender der FDP auf dem a. o. Bundesparteitag in Berlin am 8. Dezember 2013, Berlin.
- Lindner, Christian (2013b): Vorstellungrede von Christian Lindner MdL als Kandidat für den Bundesvorsitz der FDP auf dem a. o. Bundesparteitag in Berlin am 7. Dezember 2013, Berlin.
- Lindner, Christian (2010): Rede des Generalsekretärs der Freien Demokratischen Partei, Christian Lindner MdB, anlässlich des Dreikönigstreffens der FDP am 6. Januar 2010 in Stuttgart, Stuttgart.
- Lindner, Christian/Stamp, Joachim (2015): Mehr Mut zum Pragmatismus, in: Welt Online, 10.8.2015: https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article145010497/Mehr-Mut-und-Pragmatismus.html [eingesehen am 31.8.2017].
- Lohre, Matthias (2011): Der Spieler, in: taz, 14.12.2011, online: <http://www.taz.de/!5105359/> [eingesehen am 3.4.2018].
- Lorenz, Robert (2015): „Mehr Unternehmergeist“ – Unternehmer und ihr Blick auf die Politik, in: Walter, Franz/Marg, Stine (Hg.): Sprachlose Elite: Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen, Reinbek.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias (2013): Von Beruf: Politiker, Freiburg.
- Lösche, Peter (2005): „Politische Führung“ und Parteivorsitzende, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden, S. 349-368.
- Lösche, Peter (1993): Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart.
- Lösche Peter/Walter, Franz (1996): Die FDP: Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt.
- Lucke, Albrecht von (2018): Die gärrige Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, S. 5-8.

Lucke, Albrecht von (2017a): Jamaika oder: Die Ruhe vor dem Sturm, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11, S. 5-8.

Lucke, Albrecht von (2017b): Der Platz an der Sonne: Wer regiert mit Merkel?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9, S. 5-8.

Lucke, Albrecht von (2013): Merkelland: Die blockierte Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10, S. 5-8.

Mangold, Ijoma (2016): Verlust der Mitte, in: Die Zeit, 4.2.2016.

Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse, Weinheim.

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas: Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, S. 9-23.

Michal, Wolfgang (2017): Lindners Plan ist nicht geheim, in: Der Freitag, 28.11.2017.

Mielke, Gerd (2017): Eine neue Etappe im deutschen Parteiensystem?, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 4, S. 244-253.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt am Main.

Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (2009): Die FDP, in: Butzlaff, Felix/Harm, Stine/Walter, Franz (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel, Wiesbaden, S. 95-128.

Neukirch, Ralf (2014): „Wir tragen jetzt das Risiko“, in: Der Spiegel, 14.4.2014.

Niedermayer, Oskar (2017a): Bundestagswahl 2017: Ein schwarzer Tag für die Volksparteien, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, H. 4, S. 465-470.

Niedermayer, Oskar (2017b): Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2016: Zersplitterung des Parteiensystems und halber Machtwechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 1, S. 40-56.

Niedermayer, Oskar (2013): Die Analyse einzelner Parteien, in: ders. (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 61-82.

Nienhaus, Lisa (2015): Unternehmer für die FDP, in: faz.net, 12.12.2015: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-fdp-gewinnt-neue-anhaenger-seit-die-afd-out-ist-13962915.html [eingesehen am 5.4.2018].

Nonnenmacher, Günther (2013a): Die neuen, alten Liberalen, in: FAZ, 7.10.2013.

Nonnenmacher, Günther (2013b): Ausgezehrte Liberale, in: faz.net, 24.9.2013: <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/kommentar-ausgezehrte-liberale-12587053.html> [eingesehen am 30.4.2018].

o. V. (2018): Lindner: „Schlag gegen Freiheit und Eigentum“, in: faz.net, 27.2.2018: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diesel-affaere/christian-lindner-fahrverbote-sind-schlag-gegen-freiheit-und-eigentum-15470148.html> [eingesehen am 5.4.2018].

o. V. (2017): „Aus der Willkommenskanzlerin ist eine Abschiebekanzlerin geworden“. ZEIT-Matinee, in: Zeit Online, 27.2.2017: <http://www.zeit.de/video/2017-02/5339131115001/hamburg-aus-der-willkommenskanzlerin-ist-eine-abschiebekanzlerin-geworden> [eingesehen am 31.8.2017].

- o. V. (2016a): Auf der Suche nach Volksnähe, in: Stuttgarter Nachrichten, 4.3.2016.
- o. V. (2016b): Die liberale Hoffnung hat die Farbe Magenta, in: Stuttgarter Zeitung, 2.3.2016.
- o. V. (2011): Döring folgt Lindner als FDP-Generalsekretär, in: Frankfurter Rundschau Online, 14.12.2011: <http://www.fr.de/politik/doering-folgt-lindner-als-fdp-generalsekretaer-a-899699> [eingesehen am 30.4.2018].
- Papke, Gerhard (2017): Noch eine Chance für die FDP? Erinnerungen und Gedanken eines Weggefährten, München.
- Patton, David S. (2018): The Free Democrat's Second Change, in: German Politics, H. 1, S. 136-140.
- Poschardt, Ulf (2017): Lindners Nein, Steinmeiers Aufruf. Die Chance nach dem Scheitern, in: Welt Online, 20.11.2017: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article170786375/Lindners-Nein-Steinmeiers-Aufruf-Die-Chance-nach-dem-Scheitern.html> [eingesehen am 4.4.2018].
- Poschardt, Ulf (2013): Der Anfang, kein Ende, in: Die Welt, 24.9.2013.
- Pragal, Peter (2007): Zwischen Ampel und Jamaika, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 1+2, S. 22-26.
- Raschke, Joachim (2001): Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt am Main.
- Rösler, Philipp (2008): Was uns fehlt, Hannover.
- Schröder, Jens (2017): Exklusive MEEDIA-Auswertung: Sahra Wagenknecht und Ursula von der Leyen waren die Talkshow-Queens 2017, Robin Alexander war der Journalist mit den meisten Auftritten, in: meedia.de, 21.12.2017: meedia.de/2017/12/21/exklusive-meedia-auswertung-sahra-wagenknecht-und-ursula-von-der-leyen-waren-die-talkshow-queens-2017-robin-alexander-war-der-journalist-mit-den-meisten-auftritten/ [eingesehen am 1.4.2018].
- Schröder, Jens (2016): Die Talkshow-Könige des Jahres: Bosbach verliert seinen Titel, Sahra Wagenknecht neue Nummer 1, in: meedia.de, 16.12.2016: meedia.de/2016/12/16/die-talkshow-koenige-des-jahres-bosbach-verliert-seinen-titel-sahra-wagenknecht-neue-nummer-1/ [eingesehen am 1.4.2018].
- Schröder, Jens (2015): Die meisteingeladenen Talkshow-Gäste 2015: Wolfgang Bosbach verteidigt seinen Titel, in: meedia.de, 17.12.2015: <http://meedia.de/2015/12/17/die-meisteingeladenen-talkshow-gaeste-2015-wolfgang-bosbach-verteidigt-seinen-titel/> [eingesehen am 1.4.2018].
- Schwarz, Gerhard (2009): Liberalismus ohne Werte ist wertlos. Vortrag anlässlich der Übergabe des STAB-Preises, Zürich.
- Steltzner, Holger (2011): Liberaler Fall, in: FAZ, 29.3.2011.
- Sturm, Roland (2012): Eine Renaissance der Kanzlerdemokratie? Die Zwischenbilanz der christlich-liberalen Koalition, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hg.): „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden, S. 257-282.
- Tils, Ralf/Raschke, Joachim (2018): Systemlogik schlägt Parteilogik. Zur strategischen Lage nach der Bundestagswahl 2017, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, 31. Jg., H. 1-2 (im Erscheinen).
- Treibel, Jan (2014): Die FDP: Prozesse innerparteilicher Führung, Baden-Baden.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidner, Klaudia (2017): Populäre Wahlen, Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl, hg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

- Vorländer, Hans (2016): Der Liberalismus und seine Feinde, in: Indes, H. 2, S. 7-17.
- Vorländer, Hans (2014): Das bundespolitische Ende der FDP? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategien, Wahlergebnis, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 277-293.
- Vorländer, Hans (2008): Partei der Paradoxien. Die FDP nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 135-150.
- Vorländer, Hans (2004): Mit Erfolg aus dem Scheinwerferlicht verschwunden: Die FDP, in: Zehetmair, Hans (Hg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 159-171.
- Vorländer, Hans (1987): Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutung seines historischen Niedergangs, in: ders. (Hg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München, S. 9-34.
- Walter, Franz (2017): Rebellen, Propheten, Tabubrecher: Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen.
- Walter, Franz (2014): Die Krise der Freien Demokraten, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 11.9.2014: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2014/09/Krise-der-Freien-Demokraten-download.pdf> [eingesehen am 4.4.2018].
- Walter, Franz (2012): Die FDP und die Chancen der rechten Mitte, in: Hensel, Alexander/Kallinich, Daniela/Rahlf, Katharina: Gesellschaftliche Verunsicherung und politischer Protest. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2011, Stuttgart, S. 106-108.
- Walter, Franz (2010a): Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld.
- Walter, Franz (2010b): Compassionate Liberalism?, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 12, S. 54-56.
- Walter, Franz (2009): Charismatiker und Effizienzen, Frankfurt am Main.
- Walter, Franz (2008): Baustelle Deutschland, Frankfurt am Main.
- Walter, Franz (2005): Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden, S. 19-168.
- Walter, Franz/Marg, Stine (2015): Sprachlose Elite: Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen, Reinbek.
- Walther, Jens (2010): Zwischen Kooperation und Blockade – Entwicklung und Strategie der Oppositionsparteien während der Großen Koalition, in: Bukow, Sebastian/Seemann, Wenke (Hg.): Die Große Koalition, Wiesbaden, S. 319-335.
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing, Köln.
- Wehner, Markus/Lohse, Eckart (2017): „Ohne die Grünen hätte es zweifelsohne geklappt“, in: FAZ, 22.11.2017.
- Wiesendahl, Elmar (2010): Der Organisationswandel politischer Parteien. Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hg.): Parteien als fragmentierte Organisationen, Opladen, S. 35-64.

Will, Anne (2017): „Anne Will: Streit um Schäubles Steuermilliarden – Wie bekommen die Bürger ihr Geld zurück?“, in: ARD, 21.5.2017, online: <http://www.ardmediathek.de/tv/Anne-Will/Streit-um-Sch%C3%A4ubles-Steuermilliarden-W/Das-Erste/Video?bcastId=328454&documentId=43001944> [eingesehen am 14.4.2018].

Winterbauer, Stefan (2017): Musterschüler in Sachen politischer Selbst-Darstellung: der talentierte Herr Lindner von der FDP, in: meedia.de, 22.5.2017: <http://meedia.de/2017/05/22/musterschueler-in-sachen-politischer-selbst-darstellung-der-talentierte-herr-lindner-von-der-fdp/> [eingesehen am 4.4.2018].

Hinweise zum Autor

Michael Freckmann (M. A.), geb. 1990, ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Amateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83***
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 29

Lindners FDP

Profil – Strategie – Perspektiven